

# Wortlautprotokoll des Grossen Rates des Kantons Graubünden

## Dienstag, 29. Mai 2001 Eröffnungssitzung

Vorsitz:	Standespräsident Hansjörg Trachsel (bis nach der Vereidigung des neuen Standespräsidenten), danach Rodolfo Plozza
Protokollführer:	Peter Gadiant
Präsenz:	anwesend 118 Mitglieder entschuldigt: Cathomas Jeker
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

### Eröffnung der Session

*Standespräsident Trachsel:* Meine erste Ansprache als Standespräsident habe ich all jenen gewidmet, die freiwillig ohne Entschädigung für andere und die Allgemeinheit arbeiten. Am Ende meiner Amtszeit als Standespräsident – im UNO-Jahr der Freiwilligenarbeit – danke ich allen ganz herzlich für die Freiwilligenarbeit, die sie in diesen 12 Monaten meiner Amtszeit geleistet haben. Machen Sie weiter so – Graubünden braucht Sie.

Graubünden braucht aber noch mehr. Graubünden braucht Träumer. Von diesen Träumen will ich in meiner letzten Ansprache sprechen. Wir brauchen Leute, die von grossen Zielen träumen, die davon überzeugt sind, dass es unserem Kanton besser geht, wenn sich diese Träume verwirklichen. Mein Wunsch – mein Aufruf an die Jugend: träumt, träumt von einer besseren Zukunft, kämpft für eure Träume gegen jeden Widerstand, überzeugt andere von eurem Traum. Aus eurem Traum wird dann eine Vision. Räumt Hindernisse aus dem Weg, die unüberwindbar scheinen. Wenn ihr es nicht allein könnt, sucht Gleichgesinnte, um den Traum zu verwirklichen.

Graubünden hat den Träumern viel zu verdanken. Leuten, die für ihre Ideen, gegen alle Widerstände und Widerwärtigkeiten gekämpft haben. Viele haben ihre Traumziele nicht erreicht und sind stecken geblieben. Aber sie haben es mit vollem Einsatz über lange Zeit immer wieder versucht. Es braucht viele, die es versuchen, damit Einzelne mit ihren Bemühungen Erfolg haben.

Als Beispiel erwähne ich den Ingenieur Richard La Nicca, der mit grossem Einsatz für die Ostalpenbahn kämpfte und letztlich daran scheiterte, dass sich Zürich dem Gotthard anschloss.

Im 19. Jahrhundert eine Bahn durch die Ostalpen zu bauen – was für ein Traum, was für ein Mut, wenn wir daran denken, mit welchen finanziellen und baulichen Mitteln dieses Ziel, dieser Traum erreicht werden sollte.

Leider fehlt uns heute diese Bahn oder besser ausgedrückt; dieser Anschluss ans Europäische Hochleistungsbahnnetz. Ein Nachteil, den der Wirtschafts- und Tourismusstandort Graubünden mit anderen Leistungen ausgleichen muss. Richard La Nicca hatte aber noch einen anderen Jugend-

traum. Er hat am Heinzenberg seine frühen Jugendjahre verbracht und miterleben müssen, welche Zerstörungen die Gewässer – insbesondere die Nolla – im Domleschg anrichteten. Mit wenig Unterstützung der Bevölkerung hat er 1834 eine Aktiengesellschaft gegründet, um diese Gewässer mit baulichen Massnahmen zu zähmen. Die Skeptiker waren zahlreich und das Katastrophen-Hochwasser vom 27. August 1934 gefährdete seinen Traum stark. Aber Wille und Zielstrebigkeit des jungen La Nicca waren stärker. Das Domleschg durchfahren oder durchwandern wir heute auf einem fruchtbaren Talboden. Das ehemals enorme Gefahrenpotential ersehen wir Grossrätinnen und Grossräte noch aus der Budgetposition des Kantons Graubünden auf Seite 26 unter Melioration Domleschg, Unterhalt Anlage Nollafassung 20'000 Franken.

Ein anderer Träumer des 19. Jahrhunderts war Johann Coaz. Er träumte von einem Bündner Bergwald, der für die Bevölkerung und die Verkehrswege Schutz bot. Bis zu dieser Zeit war der Wald vor allem Nutzobjekt. Er wurde rücksichtslos gerodet, verkauft und verwertet. Wer Waldbilder von 1850 mit Waldbildern von heute in unserem Kanton vergleicht, sieht was aus dem Traum von Johann Coaz geworden ist. Wir können ihm heute nur dankbar sein, dass er für seinen Traum – gegen starke wirtschaftliche Interessen – erfolgreich gekämpft hat.

Andere Träumer des 19. und anfangs des 20. Jahrhunderts waren Personen wie Johannes Badrutt, Jan Holsboer und Alexander Spengler, die den Tourismus weiter entwickelten und das Unmögliche möglich machten, zum Beispiel, indem sie die Gäste im Winter in die Berge lockten und damit den Wintertourismus erfanden.

Den Träumer Holsboer treffen wir nochmals zusammen mit dem Träumer Sebastian Hunger aus Thusis, als sie von einer innerbündnerischen Bahn träumten. Wir können heute nur mit Bewunderung ihre Leistungen betrachten, wie sie diese Bahn gegen alle Widerwärtigkeiten der Gegner, der Geldgeber, einzelner Politiker und gegen Konkurrenzprojekte durchsetzten. Sie waren es, die von dieser Bahn, der heutigen RhB träumten, wenn sie ihre Vollendung auch nicht mehr beide erlebten.

Aus meinen Schilderungen könnte man schliessen, dass die erfolgreichen Träumer ausgestorben sind, weil ich nur von Personen spreche, die schon lange nicht mehr leben.

Heute wird der Ausdruck Träumer für eine Person als eher negative Bezeichnung verwendet. Träumer bedeutet realitätsfremd, nicht zielorientiert, chancenlos usw. Ist das richtig so? Dürfen wir nicht mehr von Zielen träumen, die nur unter grosser Anstrengung und Überwindung von vielen Widerständen erreichbar sind, von Zielen, die uns langfristig Nutzen bringen. Ist es nicht eher Bequemlichkeit, wenn wir uns nicht mehr für die grossen Träume einsetzen, wenn wir frühzeitig aufgeben?

Im Buch "Graubünden weiter als das Auge reicht" haben 35 Autorinnen und Autoren vorwärts gedacht oder von besseren Lösungen geschrieben, von denen sie einmal geträumt haben. Ich gratuliere diesen Damen und Herren. Machen Sie nun den nächsten Schritt und setzen Sie sich für die Verwirklichung Ihrer Ideen ein. Warten Sie nicht darauf, dass nun andere die Durchsetzungsarbeit übernehmen. Ideen allein genügen nicht, es braucht auch die Taten.

An zwei Beispielen aus unserer Zeit will ich aufzeigen, dass es auch in unserer Zeit Träumer gibt, die ihre Traumziele erreicht haben. Ich fange an mit Christoph Blocher – nicht mit dem Politiker Christoph Blocher. Ich spreche von dem jungen Christoph Blocher als Unternehmer, der davon träumte, die EMS-Chemie zu übernehmen um sie in eine bessere, wirtschaftliche Zukunft zu führen. Diesen Traum hat er erfüllt, mit viel Wille, Können, guten Mitarbeitern und persönlichem finanziellem Risiko. Damit hat er in diesem Kanton mitgeholfen, viele Arbeitsplätze zu erhalten.

Über einen anderen Träumer aus unserer Zeit hat vor drei Jahren Gieri Luzi als damaliger Landespräsident berichtet. Er sprach von "Toni el Suizo". 1987 hat der damals 19-jährige Mittelschüler aus Pontresina am Fernsehen die Bilder des durch ein Erdbeben zerstörten Ecuadors gesehen. Er träumte davon, diesen Leuten zu helfen, brach sein Studium ab und reiste nach Ecuador.

Seit 14 Jahren baut er zusammen mit Freunden und Helfern aus Abfallmaterial der Ölindustrie Brücken. Sein neuester Traum waren 100 Brücken für Mexico. Leider konnte er es nicht verwirklichen und er hat jetzt nach Kambodscha gewechselt. Ich bin überzeugt, "Toni el Suizo" oder mit Schweizernamen Toni Rüttimann wird auch dieses Ziel erreichen. Er hat den Willen, die Durchhaltekraft und Leute um sich, die ihn dabei unterstützen.

Verehrte Damen und Herren, Graubünden braucht wieder vermehrt Träumer. Aus Träumen werden Visionen und aus Visionen werden wirkliche Projekte. Wir müssen wieder Ziele verfolgen, an denen wir auch scheitern können.

Wenn wir nur noch das anpacken, das sicher zum kurzfristigen Erfolg führt, so machen wir das, was andere auch tun, dann bleiben wir im Durchschnitt und Normalen stecken. Das reicht für Graubünden nicht, um gegebene Standortnachteile zu überwinden. Skeptiker, die an allem zweifeln, die nur mahnen und selber nichts anpacken, haben wir genug. Aus diesem Grunde mein Aufruf an die Jugend. Träumt und glaubt an die Träume, setzt euch dafür ein, dass sie verwirklicht werden.

Wenn auch nicht jedes Traumziel erreicht werden kann, so ist doch schon der Weg dorthin mit viel Freude, Lebenserfahrung, oft auch mit Leiden aber sicherlich auch Genugtuung verbunden. Letztlich kann man für sich und die eigene weitere Entwicklung auch aus Niederlagen profitieren, insbesondere wenn man weiss, dass man alles versucht hat, um sein Ziel zu erreichen.

Ich schliesse mit einem Zitat von Alexander Bell: "Geht nicht immer auf dem vorgezeigten Weg, der nur dahin führt, wo andere bereits gegangen sind."

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

### *Totenehrung*

Am 6. Mai 2001 ist Ulrich Werro im Alter von 83 Jahren in Ilanz verstorben. Der Verstorbene wurde in Sent im Untereggadin geboren und verbrachte dort seine Kindheit. Er hat das Gymnasium in Schiers besucht und anschliessend an der Universität Zürich Veterinärmedizin studiert. Nach verschiedenen Anstellungen als Assistenztierarzt hat Ulrich Werro im Jahre 1948 in Ilanz eine Tierpraxis übernommen, die er über drei Jahrzehnte lang mit grosser Gewissenhaftigkeit, viel Hingabe und Idealismus geleitet hat. Sein Beruf war sein Leben. Tag und Nacht stellte er unermüdlich sein Fachwissen zur Verfügung.

Ulrich Werro war in seiner Heimat jedoch nicht nur als gewissenhafter Tierarzt bekannt. Auch als Politiker hat er sich einen Namen geschaffen. Im Jahre 1969 wurde er als Vertreter des Kreises Ilanz in den Grossen Rat gewählt, dem er bis zum Jahre 1983 angehört hat. Im Mai 1981 erlebte der freisinnige Politiker mit der Wahl zum Landespräsident den Höhepunkt seiner politischen Laufbahn. Ebenfalls im Jahre 1969 wurde Ulrich Werro zum Kreisrichter gewählt und von 1977 bis 1981 wirkte er als Kreispräsident.

Als guter Schütze war Ulrich Werro auch oft auf den Schiessständen der Region anzutreffen. Der Verstorbene nahm bis zuletzt mit grossem Interesse am öffentlichen Geschehen Anteil. Dank seiner vielseitigen, unermüdlichen Arbeit, seiner Einsatzfreude und seiner Sachkenntnis genoss der Verstorbene bei Volk und Behörden Wertschätzung und Sympathie.

Dergestalt wird er uns als markante Persönlichkeit in dankbarer Erinnerung bleiben.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, sowie die Zuschauer auf der Tribüne, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen zu erheben. Ich danke Ihnen.

### *Mitteilung des Landespräsidenten*

Bevor wir zum Wahlgeschäft kommen, habe ich Ihnen im Auftrag der Präsidentenkonferenz eine Mitteilung zu machen: Die Präsidentenkonferenz hat die Herren Corsin Farrèr, Christian Hartmann und Gian-Duri Ratti als Stimmzähler gewählt. Die drei Herren haben bereits vorne Einsitz genommen und werden nachher ihres Amtes walten.

### **Wahl des Landespräsidenten 2001/2002**

*Keller:* Im Namen der CVP-Fraktion schlage ich Ihnen Herrn Grossrat Rodolfo Plozza von Brusio als Landespräsidenten vor.

#### *Wahlergebnis*

Abgegebene Wahlzettel	115
- davon leer und ungültig	5
Gültige Wahlzettel	110
Gültige Kandidatenstimmen	110
Absolutes Mehr	56

Es hat Stimmen erhalten und ist gewählt:

Rodolfo Plozza 110

*Trachsel:* Herr Landespräsident, ich gratuliere Ihnen zu dieser hervorragenden Wahl. Ich wünsche Ihnen viel Freude und Genugtuung in diesem Jahr. Es ist ein schönes Jahr, genießen Sie es. Ich gratuliere auch Ihrer Familie, Ihrer Wohngemeinde und Ihrem Wahlkreis Brusio. Wir freuen uns natürlich auch auf nächsten Samstag. Herzliche Gratulation.

### Wahl des Landesvizepräsidenten 2001/2002

*Arquint:* Die SP-Fraktion schlägt Ihnen als Landesvizepräsidenten Vitus Locher vor.

#### Wahlergebnis

Abgegebene Wahlzettel 116

- davon leer und ungültig 12

Gültige Wahlzettel 104

Gültige Kandidatenstimmen 104

Absolutes Mehr 53

Es haben Stimmen erhalten:

Vitus Locher 102

Einzelne 2

Gewählt ist: Vitus Locher

*Trachsel:* Herr Landesvizepräsident Vitus Locher, ich gratuliere Ihnen ganz herzlich zu dieser Wahl, ich freue mich, dass Sie gewählt worden sind. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg in den nächsten zwei Jahren und ich bitte Sie, nach der Vereidigung des Landespräsidenten hier vorne auf Ihrem Platz Einsitz zu nehmen.

#### Vereidigung des Landespräsidenten

Gemäss Artikel 10 unserer Geschäftsordnung hat der gewählte Landespräsident vor dem Grossen Rat den Eid abzulegen. Herr Landespräsident, ich bitte Sie, in Begleitung des Landesweibels nach vorne zu kommen.

Sie, meine Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne bitte ich, aufzustehen. Herr Landespräsident, ich verlese Ihnen den Text des Eides zuerst in Deutsch und dann in Ihrer Muttersprache, in Italienisch: Sie als gewählter Präsident des Grossen Rates schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen. Lei, eletto quale Presidente del Gran Consiglio, giura innanzi a Dio di adempiere tutti i doveri del Suo ufficio secondo scienza e coscienza. Die Worte des Eides: "Ich schwöre es". Testo del giuramento: „Lo giuro“. Ich bitte Sie, die Schwurfinger zu erheben und den Eid nachzusprechen.

*Landespräsident Plozza:* Lo giuro.

*Trachsel:* Herr Landespräsident, ich freue mich, dass ich Ihnen das Amt nun weitergeben darf. Nachdem Sie jetzt die Glückwünsche Ihrer Angehörigen und der Gemeinde entgegen nehmen dürfen, bitte ich Sie, da vorne Einsitz zu nehmen und dann auch Ihres Amtes zu walten. Freuen Sie sich auf dieses Jahr. Es ist ein wirklich sehr schönes Jahr. Sie werden den Kanton Graubünden aus sehr vielen Perspektiven und Sichtweisen kennen lernen. Nochmals ganz herzliche Gratulation Rodolfo.

*Landespräsident Plozza:*

Onorevole signora Presidente del Governo,

onorevoli Consiglieri di Stato,

stimite colleghe, stimati colleghi,

stimati presenti,

mi sia concesso esprimere brevemente la grande soddisfazione e la conseguente riconoscenza a tutti voi per la nomina a Presidente di Stato, che considero contemporaneamente un onore tributato al sottoscritto, alla mia famiglia, al Comune di Brusio, alla Val Poschiavo ed alla minoranza italo-fana del nostro amato Cantone. Ringrazio quindi tutti indistintamente per la fiducia riposta nella mia persona che, in veste di Presidente di Stato, cercherò di ripagare ricoprendo tale carica con il massimo impegno e nella più totale imparzialità, perseguendo il supremo interesse del Popolo grigionese. Un particolare ringraziamento vada alla frazione del mio Partito che mia ha proposto per tale carica, al mio predecessore Hansjörg Trachsel, con il quale durante l'anno appena trascorso ho avuto modo di instaurare un profondo rapporto di sincera collaborazione, in occasione del quale ho avuto modo di prendere atto, oltre che delle grandi doti politiche dell'amico Hansjörg, pure della forte carica di umanità che lo caratterizza. Mi congratulo con il nuovo Vicepresidente di Stato Vitus Locher, con il quale avrò certo occasione di instaurare una proficua collaborazione durante il periodo di carica appena iniziato. Vedo con estremo piacere che una delegazione del Comune di Brusio, scolari e insegnanti compresi, ed una delegazione della Pro Grigioni Italiano di Coira e, per quel che concerne la delegazione di Brusio, si è sobbarcata una lunga trasferta attraverso tutto il Cantone per essermi vicina in un momento così importante e per dimostrare tangibilmente a tutto il Parlamento quanto il Comune di Brusio si senta onorato per l'alta carica istituzionale attribuita al suo primo cittadino. Ringrazio quindi di cuore tutti i miei compaesani qui intervenuti. In questo particolare momento il mio pensiero si rivolge a mio padre. Dario Plozza, prematuramente scomparso nel 1975, che nel 1949, ben 52 anni fa, in questo stesso posto alla giovane età di 32 anni fu eletto Presidente del Gran Consiglio. Ed è proprio alla figura di mio padre, che mi ha preceduto in questa alta carica, che voglio dedicare l'onore che oggi mi viene tributato. Sono certo che da lassù Dario veglierà su di me affinché, nel rispetto dei principi umani e patriottici che lui stesso fin da bambino mi ha inculcato, in questo periodo caratterizzato da vorticosi cambiamenti della società io possa svolgere il mio compito in ogni momento con dedizione e nel perseguimento del bene supremo del nostro amato Cantone dei Grigioni. Di nuovo grazie di cuore a tutti.

#### Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreter

*Landespräsident:* Wir kommen zur Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen und Stellvertreter. Ich bitte diese nach vorne zu kommen. Die Leute im Saale und auf der Tribüne bitte ich, aufzustehen.

Sie haben die Möglichkeit, den Eid oder das Gelübde abzulegen. Möchten beide den Eid ablegen?

Der Text des Eides lautet: "Sie, als gewählte Mitglieder der Grossen Rates schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen." Die Worte des Eides lauten: "Ich schwöre es". Ich bitte Sie, die Schwurfinger zu erheben und mit die Wortes des Eides nachzusprechen. Danke.

*Vereidigte:* Ich schwöre es.

*Mitteilung des Landespräsidenten*

Bevor wir weiter gehen mit den Traktanden, habe ich Ihnen noch Kenntnis von zwei Bundesgerichtsurteilen zu geben: Das Bundesgericht hat am 10. April 2001 die Beschwerde des Bündnerischen Polizeibeamtenverbandes, vertreten durch Grossrat Augustin, gegen die vom Grossen Rat verabschiedete Teilrevision der Personalverordnung abgewiesen, soweit es darauf eingetreten ist.

Weiter ist das Bundesgericht mit Urteil vom 14. Mai 2001 auf die Beschwerde von Heinz Furrer, Trin, und Grossrat Augustin gegen den Beschluss des Grossen Rates vom 30. Mai 2000 im Rahmen der Abnahme der Staatsrechnung 1999 – Überführung von Anlagewerten des Finanzvermögens in Verwaltungsvermögen, obligatorisches Finanzreferendum – nicht eingetreten.

Beide Urteile liegen im Saal zur Einsichtnahme auf.

**Antrag auf Direktbeschluss Hartmann betreffend Kantonsbeitrag an die "Alpine Wettkampfstätte von nationaler Bedeutung" in St. Moritz**

(Wortlaut Märzprotokoll 2001, Seite 696)

*Antrag Präsidentenkonferenz*

1. Der am 27. März 2001 eingereichte Antrag auf Direktbeschluss betreffend Kantonsbeitrag an die 'Alpine Wettkampfstätte von nationaler Bedeutung' in St. Moritz wird erheblich erklärt.
2. Zur Vorberatung des Geschäftes und zur Antragstellung an den Grossen Rat wird eine grossrätliche Kommission mit neun Mitgliedern eingesetzt.
3. Die grossrätliche Kommission erstattet Bericht und stellt Antrag bis 3. September 2001 zuhanden des Grossen Rates für die Oktobersession 2001.
4. Die Kommission fordert die Regierung zur Stellungnahme auf. Diese hat bis zum 6. Juli 2001 zu erfolgen.
5. Für das Sekretariat der grossrätlichen Kommission kann das Departement des Innern und der Volkswirtschaft beizogen werden.

*Landespräsident:* Wie Sie wissen, ist am 27. März dieser Antrag auf Direktbeschluss beim Grossen Rat eingegangen. Gemäss Artikel 43d und Artikel 46 der Geschäftsordnung des Grossen Rates befindet der Rat an einer nächsten Sitzung nach der Einreichung eines Antrags auf Direktbeschluss, ob dieser erheblich erklärt wird oder nicht.

Heute müssen wir in diesem Sinne diskutieren, d.h. wir müssen eine formelle Diskussion führen. Der Grosse Rat hat in dieser Session darüber zu befinden, ob der Antrag auf Direktbeschluss betreffend den Kantonsbeitrag an die Alpine Wettkampfstätte von nationaler Bedeutung in St. Moritz erheblich erklärt werden soll.

Ich lege Wert darauf, dass wir, bevor wir mit der Diskussion beginnen, genau wissen, was heute diskutiert werden soll. Ich erlaube mir deshalb, aus formeller Sicht einige Gedanken zu machen – immer mit Blick auf unsere Geschäftsordnung. Mit dem Antrag auf Direktbeschluss kann nach Artikel 43d der Geschäftsordnung verlangt werden, dass der Grosse Rat im Bereich seiner eigenen Zuständigkeit einen Beschluss fasst. Das Verfahren gliedert sich in zwei Teile: zunächst wird über die Erheblicherklärung und im zustimmenden Fall

über die Einsetzung einer Kommission zur Vorberatung des Beschlussantrages abgestimmt.

Damit ist klar: wenn der Antrag erheblich erklärt wird, dann diskutieren wir heute, ob eine Kommission eingesetzt wird. In einer zweiten Phase hat der Rat dann auf Grund des Berichtes und des begründeten Antrages der Kommission inhaltlich über das Anliegen zu befinden. Das bedeutet, wenn wir heute den Antrag als erheblich erklären, dann diskutieren wir das Materielle in der Oktober-Session.

Mit der Erheblicherklärung wird lediglich ein Prüfungs- und Bearbeitungsauftrag erteilt. Dieser kann in Anträgen münden, Antrag inhaltlich übernehmen, ihn abändern oder auf eine Beschlussfassung verzichten. Der konkrete Antrag ist letztlich das Ergebnis der materiellen Prüfung des Anliegens der Antragsteller. Eine solche findet bei der Erheblicherklärung nicht statt.

Zu diesem Zeitpunkt liegen weder begründete Anträge der Parlamentsgremien noch solche der Regierung vor. Ich glaube, es ist deshalb wichtig, dass die einzelnen Parlamentarierinnen und Parlamentarier bei der Abstimmung über die Erheblicherklärung wissen, welche Bedeutung ihrem Abstimmungsvotum zukommt. Die Erheblicherklärung beinhaltet für die gleichzeitig einzusetzende Kommission einzig den Auftrag, die Angelegenheit inhaltlich zu prüfen.

*Hartmann:* Am 24. September 2000 haben die Stimmberechtigten des Kantons Graubünden den Beitragskredit von 7 Millionen Franken für die alpine Weltmeisterschaft 2003 in St. Moritz bedauerlicherweise knapp abgelehnt. Es war ein schwarzer Tag für uns. Wir sind aber faire Sportler und akzeptieren diese Niederlage, respektive diesen Volksentscheid.

Wir sind aber der Meinung, dass es richtig ist, eine Trennung zwischen dem Anlass und den Anlagen vorzunehmen, denn die Ausgangslage hat sich im Vergleich zum vergangenen September wie folgt verändert: Die Oberengadiner Gemeinden beteiligen sich heute mit 3 Millionen Franken am WM-Projekt, der Soverän von Pontresina hat noch zusätzlich 1 Million separat gesprochen. Der Kredit, den wir jetzt ansprechen, ich betone, wird nicht den Anlass Ski-WM 2003, sondern und das ist wichtig, für die Sportanlage gebraucht. Er wird auch nicht gebraucht für Transportanlagen für die Touristen, sondern für den Ausbau des Startgeländes, der Strecke und des Zieles.

Mit der FIS-alpinen Ski-WM 2003, die statt finden wird, dem grössten Schweizerischen Sportanlass der nächsten Jahre, legt St. Moritz auf Corviglia den Grundstein zu einer Wettkampfstätte von nationaler, ja internationaler Bedeutung. Eine Anlage, die sowohl 2003 als auch jährlich wiederkehrenden Weltcup-Rennen und auch dem alpinen Skisport für die nächsten 20 Jahre zur Verfügung stehen soll. Es wurden Verträge zwischen der Gemeinde und der Swiss-Ski abgeschlossen, dass dies so eingehalten wird. Dieses alpine Skisportzentrum ist ein Teil des nationalen Sportanlagenkonzeptes (NASAK) des Bundes und ist für den Bündner sowie den Schweizerischen Skiverband von grosser Bedeutung. Eine solche Anlage entspricht den Anforderungen der Wirtschaftsförderung für die Region und für den Kanton.

Die Anzahl von Volontaires ist von 250 im Jahre 2000 auf heute 1200 angewachsen. Diese Freiwilligen stammen aus der ganzen Schweiz. Sie sehen, hier zeigte sich eine Solidarität zu St. Moritz, zum Engadin.

Wir hätten diesen Kredit auch via Budget 2002/2003 beantragen können. Wir haben den Weg des Direktbeschlusses bevorzugt, weil wir den Grossen Rat nicht überrumpeln

wollten. Wir wollen eine Kommission einsetzen lassen, die fundiert daran geht, dieses Geschäft anzuschauen, die Transparenz schafft, die nicht unter Zeitdruck steht und Einsicht in sämtliche Unterlagen bekommt. Darum bin ich der Meinung, dass wir heute nicht gross über Details sprechen müssen. Entscheidend ist lediglich, dass die Gemeinde St. Moritz, welche bereits heute mehr als 26 Millionen in die notwendige Infrastruktur investiert hat, dringend darauf angewiesen ist, dass auch der Kanton einen spürbaren finanziellen Beitrag an den Ausbau der für den Skisport wichtigen Anlage leistet. Nicht nötig ist es, heute darüber zu debattieren, ob dieses Geschäft der Volksabstimmung zu unterbreiten ist. Diese Frage und weitere Abklärungen muss uns die Kommission in der Oktober-Session anhand ihrer Erkenntnisse vorlegen, dann kann und soll der Rat darüber definitiv entscheiden. Heute geht es nur darum, ob der Grosse Rat gewillt ist, dieses von uns gestellte Begehren als erheblich zu erklären und eine Vorberatungskommission einzusetzen.

Nachdem ein grosser Teil des Rates diesen Direktbeschluss unterschrieben hat und auch in den Medien positiv darüber berichtet wurde, hoffe ich, dass Sie, meine Kolleginnen und Kollegen, diesen Antrag erheblich erklären und eine Kommission einsetzen werden. Selbstverständlich stehen wir Ihnen für allfällige Fragen zur Verfügung.

*Walther:* Der Begriff Dilemma bedeutet nach Duden und anderen Experten so viel wie Klemme und Bedrängnis, Schwierigkeit, Ratlosigkeit, Unsicherheit, Zwiespalt, Sackgasse und Komplikationen oder aber auch verwickelte Geschichte oder missliche Angelegenheit. Wir können uns also aussuchen, was uns am besten passt, wenn heute von dem Referendum gesprochen werden muss, mit dem das Bündner Volk den Veranstaltern der Ski-WM einen 7 Millionen-Kredit verweigert hat – dies entgegen der einhelligen Meinung des Grossen Rates. Auch wenn sich nur 35,7 Prozent der Stimmbürger beteiligt haben und eine schweigende Mehrheit von 64,3 Prozent zu registrieren war, steht die Hürde des Volksentscheides vor uns.

Es ist legitim und bedeutet keineswegs eine Missachtung des Wählerwillens, wenn der Grosse Rat unter Berücksichtigung der bisherigen Einwände nun mit neuen Überlegungen, mit neuen Argumenten und Verbesserungen versuchen muss, einen zweiten Anlauf zu nehmen, um doch noch überzeugen zu können.

Die Region Oberengadin war und ist intensiv mit ehrlichen Anstrengungen bemüht, im Jahre 2003 eine Weltmeisterschaft zu organisieren, die positive Auswirkungen für den ganzen Kanton und auch darüber hinaus haben wird. Dafür hat die Region selbst viel investiert an Geldmitteln, an persönlichem Einsatz und an freiwilliger Arbeit. Ich meine, dass diese Leistungen Anerkennung verdienen.

Die Verantwortlichen ihrerseits haben die Strukturen verbessert und Kritikpunkte korrigiert. Es steht jetzt eine schlanke tatkräftige Leitung bereit. Ebenso sind die Anliegen von Natur- und Heimatschutz berücksichtigt worden, wobei eine Verlegung von Rennstrecken sowie die Zielinstallationen ohne Beeinträchtigung der Wettbewerbsqualitäten vorgenommen worden sind.

Ich weiss nicht, ob und in wie weit das Projekt Winterolympiade 2010 bei der Volksabstimmung und bei den Diskussionen eine Rolle gespielt hat. Ich meine, dass dieses Thema der Zukunft von aktuellen Fragen und dem buchstäblich nahe liegenden und überschaubaren WM-Projekt abgekoppelt werden sollte. Es darf da nicht vermischt und vereinfacht

werden. Vielleicht müsste das der Bevölkerung besser verdeutlicht werden.

Es ist uns beim ersten Mal nicht gelungen, das Volk von der Richtigkeit und der Wichtigkeit des aktuellen Anlasses zu überzeugen. Nicht Selbstgerechtigkeit, sondern, im Gegenteil, Einsicht und Berücksichtigung der geäusserten Bedenken erlauben es dem Grossen Rat, noch einmal zu starten und das dann besser zu machen. Rückzug in den Schmolliwinkel oder Resignation wäre das falsche Rezept, denn der Souverän darf auch erwarten, dass sich das Kantonsparlament mit Einwänden auseinandersetzt. Das haben wir getan und das werden wir tun. Wir wollen dabei den Wählerwillen nicht übergehen, sondern auf ihn eingehen. Meine Damen und Herren, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dem Antrag zustimmen könnten. Eine gute Sache verdient eine zweite Chance.

*Zindel:* Die SP-Fraktion unterstützt einen Kantonsbeitrag an die Alpine Wettkampfstätte von nationaler Bedeutung in St. Moritz. Die Fraktion hat sich schon immer grossmehrheitlich für die Durchführung der WM ausgesprochen. Dieses Projekt ist in seiner Grösse und zeitlichen Limitierung überschaubar und steuerbar – das im Gegensatz zu einem anderen olympischen Grossprojekt, das in sich das Potential zu einem Albtraum in sich birgt.

Wir setzen uns pointiert für diese WM ein. Wir meinen aber, dass eine Volksabstimmung zwingend notwendig ist. An sich habe ich inhaltlich einen Antrag vorbereitet. Ich höre jetzt, dass aus formellen Gründen keine materiellen Anträge gestellt werden können. Aber ich werde gut auf die Voten schauen, ob, wie mein Vorredner es schon betont hat, heute auch das Volk auf dem neuen WM-Zug 03 mitintegriert ist oder ob wir hier wieder am Volk vorbei etwas anschieben.

Ich stelle keinen Antrag, werde aber nach der Diskussion fragen, ist der Wille eigentlich da, dass wir zusammen mit der ganzen Bündner Bevölkerung unser WM-Fest 2003 angehen oder ob es nur grossmehrheitlich ein Geschäft des Rates ist. Ich bin erfreut über Ihr Votum, Herr Grossrat Walther.

*Roffler:* Unser Alt-Standespräsident hat von Träumen und Visionen gesprochen. Hier in St. Moritz finden die alpinen Ski-Weltmeisterschaften 2003 statt, das ist eine Tatsache. St. Moritz mit dem Oberengadin hat sich entschieden, die Winterweltmeisterschaften der alpinen Spiele 2003 durchzuführen. St. Moritz hat die Spiele bekommen und bemüht sich auch auf allen Ebenen, ihre Spiele für Graubünden, für die Schweiz erfolgreich durchzuführen. Die Gemeinden der betroffenen Einzugsgebiete haben sich, wie wir gehört haben, finanziell beteiligt oder werden sich finanziell beteiligen. National- und Ständerat haben sich vor ungefähr zwei Jahren für eine Entwicklung des Schweizerischen Sportstättenbaus, mit dem so genannte NASAK ausgesprochen.

St. Moritz profitiert davon. U.a. profitiert aber auch die Region Davos davon.

Diese alpinen Winterspiele 2003 fallen unter diesen Bereich von Sportstätten von nationaler Bedeutung. Graubünden wird diesen Pioniergeist brauchen, heute und in Zukunft, um mit den Stärken des Wirtschaftsstandortes Graubünden generell, aber auch im Sportwesen nicht abseits zu stehen und nicht ins Abseits zu gelangen.

Ich denke aber, dass wir eine gewisse Solidarität im Zusammenhang mit diesem Anlass spüren müssen, hier, in den Regionen und über die Regionen hinaus. Wir sind ja nicht Vertreter der Regionen, wir sind Vertreter des Volkes des Kan-

tons Graubünden. Ich bin der Meinung, dass wir Solidarität üben müssen, nicht nur für einen Beitrag hier, sondern auch in Zukunft bei anderen Bemühungen der Regionen.

Ich erwarte auch vom Oberengadin und den betroffenen Gebieten, dass – es gibt noch grössere Sportanlässe hier in diesem Kanton, die auf dem Tapet stehen, ich spreche die Olympischen Winterspiele 2010 an – diese Sportstätten, die wir mitfinanzieren, auch für Sportanlässe in anderen Zeitepochen zur Verfügung zu stehen haben. In diesem Sinne bin ich bereit, Solidarität zu zeigen und erwarte die Solidarität auch in der andern Richtung. Ich bin für Eintreten auf den Direktbeschluss.

*Biancotti:* Eine ganze Generation von Bündnern hat darauf warten müssen, wieder eine Ski-WM auf eigenem Boden erleben zu dürfen. Fünf äusserst intensive Bewerbungen, zwei von Laax/Brigels, drei von St. Moritz/Pontresina während eines Jahrzehntes und viel Glück waren nötig, um den Zuschlag in der Ausmarchung mit den bekanntesten Ski-Destinationen der Welt letztlich dennoch zu erhalten. Die Ski-Weltmeisterschaft fokussiert aber nicht nur im Jahre 2003 während einiger weniger Wochen unzählige nationale und internationale Medien auf unseren Kanton, die Ski-WM soll vor allem auch den Wintertourismus langfristig sichern – den Wintertourismus, der nach wie vor eine der wichtigsten Einnahmequellen unseres Bergkantons, ja für viele Regionen sogar die wichtigste Einnahmequelle darstellt.

Nicht umsonst gilt Graubünden als der Tourismuskanton schlechthin. Ein prosperierender Tourismus ist in unseren Breitengraden Grundvoraussetzung dafür, damit wir auch inskünftig u.a. in der Lage sind, die zahlreichen staatlichen Arbeitsplätze zu konkurrenzfähigen Löhnen beizubehalten, die Landwirtschaft mit staatlichen Zuschüssen zu unterstützen oder unseren effizienten interkommunalen Finanzausgleich aufrecht zu erhalten. Damit die durch die Ski-WM eingeleitete Entwicklung sich auch wirtschaftlich nachhaltig auswirken kann, ist es unabdingbar, die für den Anlass benötigte Infrastruktur nicht nur als Provisorium für die kurze Zeit der WM-Veranstaltung bereit zu stellen, sondern eine alpine Trainings- und Wettkampfstätte herzurichten, welche für die kommenden Jahrzehnte die Durchführung regionaler, nationaler und internationaler alpiner Wettkämpfe ermöglicht.

Bei einem Gesamtaufwand der Ski-WM, ich spreche hier von Bauten und vom Anlass selbst, von knapp 80 Millionen Schweizer Franken, entfallen allein auf die alpine Trainings- und Wettkampfstätte auf Corviglia im Endausbau rund 16 Millionen Franken. Der Bund und der Schweizerische Olympische Verband beteiligen sich an dieser Infrastruktur von nationaler Bedeutung mit etwas mehr als einem Viertel, genau mit 4,3 Millionen Franken. Der Bund leistet 3 Millionen Franken, wie wir schon gehört haben aus diesem NASAK, und der Schweizerische Olympische Verband 1,3 Millionen aus dem Fonds für nationale Sportanlagen. Ein weiteres Viertel, nämlich 4 Millionen Franken, welches heute in diesem Saal die erste Hürde zu nehmen hat, soll der Kanton beitragen, während die Gemeinden St. Moritz und Pontresina für die verbleibende Hälfte aufkommen müssen.

Die Beiträge des Bundes und des Schweizerischen Olympischen Verbandes sind an verschiedene Bedingungen geknüpft. Insbesondere muss durch einen Benützungsvertrag zwischen dem Schweizerischen Skiverband Swiss-Ski und dem Verein für alpine Weltcuprennen und FIS alpine Ski-WM 2003 sowie der Gemeinde St. Moritz sichergestellt sein, dass die unterstützte Skisport-Infrastruktur für die nächsten

20 Jahre für verschiedenste Rennanlässe zur Verfügung steht. Ferner sind Beförderungsanlagen und betriebsbereite Rennpisten während der Vertragsdauer jährlich für 12 Trainingstage für 50 Athleten und Athletinnen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Dies einige Punkte aus dem Vertragsentwurf, welche Ihnen liebe Kolleginnen und Kollegen aufzeigen, dass unsere Gemeinde mit der Erstellung der Infrastruktur keineswegs allen Verpflichtungen nachgekommen ist, sondern auf Jahre hinaus mit weiteren beträchtlichen finanziellen Aufwendungen zu rechnen hat. Die langfristig nutzbare Trainings- und Wettkampfanlage auf Corviglia gibt der Wirtschaft die verschiedensten Impulse, angefangen beim eigentlichen Bauvolumen über die regionalen Sportprogramme. Es ist beispielsweise vorgesehen, dass die bis heute rein militärisch genutzte Truppenunterkunft in S-chanf künftig auch für die Unterbringung von Athletinnen und Athleten genutzt werden kann, bis hin zur unschätzbaren wertvollen Werbung für unseren Kanton mit seinen zahlreichen Skiorten.

Die Anlage entspricht auch dem vom Grossen Rat verabschiedeten Regierungsprogramm und dem Finanzplan für die Jahre 2001 bis 2004, wo wir die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Tourismus und der Wirtschaft im Allgemeinen hohe Priorität beigemessen haben. Die Sportanlage von nationaler Bedeutung auf Corviglia hält auch ohne weiteres einen Vergleich mit anderen unter dem Titel Wirtschaftsförderung vom Kanton unterstützten Projekten in anderen Regionen stand. Sie kennen diese Projekte, ich verzichte darauf, diese namentlich zu erwähnen. Wenn diese Anlage nicht mehr wirtschaftsförderungswürdig ist, müssen wir diesen Begriff aus unserem Vokabular streichen.

Von der neuen Wettkampfinfrastruktur profitieren aber auch die alpinen Spitzensportlerinnen und Spitzensportler und nicht nur diese, sondern der gesamte Skinachwuchs unserer Nation. Die Anlage dient damit nicht nur der Wirtschafts-, sondern auch der Jugendförderung. Der Schweizerische und der Kantonale Skiverband, aber auch und vor allem die regionalen Skiverbände, welche, wie Sie sicher wissen, keineswegs auf Rosen gebettet sind, werden Ihnen zu grossem Dank verpflichtet sein, wenn Sie mit der Erheblicherklärung des Direktbeschlusses bekunden, dass Sie die grosse Arbeit, die in diesen Verbänden für den Sport, für unsere Athleten und für unsere Jugend geleistet wird, gebührend zu würdigen wissen.

Aber nicht nur unsere sportbegeisterte Jugend und die Skiverbände haben ihre Augen heute auf den Grossen Rat gerichtet, sondern auch die auf über 1200 angewachsene Zahl von freiwilligen Helfern, die bereit sind, für Gottes Lohn, eine Bratwurst und einen heissen Glühwein unzählige Stunden ihrer Freizeit zu opfern.

Und zu guter Letzt appelliere ich auch im Namen der Gemeinden St. Moritz und Pontresina und aller Oberengadiner Gemeinden an Ihre politische Verantwortung und staatspolitische Vernunft, und bitte Sie, den Direktbeschluss für erheblich zu erklären und die Vorberatungskommission zu bestellen.

*Butzerin:* Ich bekenne mich klar als Gegner der Überweisung dieses Direktbeschlusses. Ich verzichte auf eine grosse Begründung. Der Herr Landespräsident hat darauf hingewiesen, dass wir keine materielle Diskussion führen sollen. Ich möchte einfach darauf hinweisen, Sie wissen das alle, dass diese Vorlage und es ist die selbe Vorlage, es geht um einen Beitrag an die Ski-Weltmeisterschaft 2003, bereits dem Volk vorgelegt wurde. Es hat sich keine grosse Änderung ergeben

und es ist unschwer zu erkennen, dass es einfach um einen reduzierten Beitrag geht. Ich glaube, es ist absolut falsch, wenn wir meinen, wie das Herr Biancotti in seinen letzten Sätzen getan hat, zu glauben, das Volk wisse nicht, worüber und wie es abstimme. Es hat im letzten Herbst darüber befunden und gesagt, wir wollen diesen Beitrag an die Weltmeisterschaft nicht geben.

Ich war vorhin absolut dafür, dass wir diese 7 Millionen, die beantragt wurden, an die Ski-Weltmeisterschaft bezahlen, dass der Kanton diesen Beitrag leistet. Ich denke aber, dass es undemokratisch und politisch falsch ist, wenn wir jetzt hingehen und ein Wiedererwägungsgesuch an unseren Souverän stellen. Der Souverän hat sehr wohl gewusst, was er abstimmt und worüber er abstimmt. Und es ist müssig darüber zu diskutieren, in welcher Höhe dieser Entscheid ausgefallen ist. Es ist ein demokratisch gefällter Entscheid.

Ich finde es auch schlecht, wenn wir jetzt wieder hingehen und all den Gegnern, ich zähle mich dazu, dann unterstellt, sie spielten die Regionen gegen einander aus. Ich habe da ein gutes Gewissen. Wir haben in unserer Tourismus-Gemeinde Arosa diesem 7 Millionen-Kredit mit grossem Mehr zugestimmt. Ich kann diesem heute aber nicht mehr zustimmen. Begründung: Es ist nicht das richtige Mittel, es ist undemokratisch, wenn wir den gleichen Entscheid dem Stimmvolk in dieser kurzen Zeit noch einmal vorlegen. Ich denke, dass es richtig ist, wenn wir diesen Antrag auf Direktbeschluss nicht als erheblich erklären. Und ich bitte Sie, meine Meinung hier zu unterstützen.

*Lemm:* Vorerst ein Kompliment an die Präsidentenkonferenz. Ich bin froh, dass die Präsidentenkonferenz sich die Mühe genommen hat, das Verfahren festzulegen und uns klaren Wein einzuschenken.

Worum geht es heute? Es geht lediglich um die Frage, ob wir bereit sind, eine Kommission einzusetzen, welche eine neue Standortbestimmung in dieser Frage vornimmt. Es geht heute nicht um die materielle Diskussion.

Herr Grossrat Zindel, Sie haben materielle Forderungen gestellt und ich warne Sie davor, diese heute auszuformulieren und ausdiskutieren. Es geht lediglich um die Frage, ob wir bereit sind, eine neue Standortbestimmung vorzunehmen.

Ich bin auch nicht einverstanden mit der Meinung von Grossrat Butzerin. Er behauptet heute, es gehe um die gleiche Vorlage wie im September des Jahres 2000. Das stimmt nicht. Herr Grossrat Hartmann hat aufgezeigt, was sich inzwischen verändert hat. Er hat erwähnt, dass alle Gemeinden des Oberengadins einen Beitrag von 3 Millionen gesprochen haben. Er hat auch erwähnt, dass die Gemeinde Pontresina zusätzlich eine Million gesprochen hat. Er hat auch die äusseren Rahmenbedingungen umschrieben und aufgezeigt, dass sich in der Zwischenzeit einiges geändert hat. Auch nicht einverstanden, Herr Grossrat Butzerin, bin ich mit der Behauptung, das Vorgehen sei undemokratisch. Ganz im Gegenteil, 49 Prozent der Bündner Bevölkerung haben Ja gesagt zu diesem Kredit und 51 Prozent Nein. Da stellt sich für mich die Frage, für wie viele Leute waren diese 7 Millionen zu viel. Wie viele sind bereit, 4 Millionen für dieses Konzept zu sprechen.

Ich möchte Sie bitten, diese Kommission heute zu bestellen und sie an die Arbeit zu lassen, um den Auftrag auszuformulieren, wie er uns auf diesem Blatt bekannt gegeben worden ist. Damit können wir im September materiell auf die Vorlage eintreten und dann diskutieren, welches Vorgehen wir wählen bis zur entscheidenden Frage, ob wir gewillt sind, die Vorlage nochmals dem Volke zu unterbreiten.

Ich möchte all jene, die dann in dieser Kommission mitarbeiten, bitten und sie auffordern, stellt bitte nicht die Frage, wie viel Geld wollen wir den St. Moritzern geben. Es geht nicht um die Frage, wie viel Geld man den St. Moritzern zur Verfügung stellt, sondern es geht um die ganz entscheidende Frage, was ist die WM uns Bündner Wert. Wie viel ist diese WM uns Wert. Diese Frage stellt sich auch im Zusammenhang mit künftigen Fragen ähnlicher oder anderer Art. Wir müssen uns fragen, was ist dieser Anlass uns Bündner Wert.

Ich bin absolut der Meinung, dass Sie regional denken können auch in dieser Frage, aber als Grossräte fordere ich Sie auf, kantonal zu handeln. Deshalb, meine Damen und Herren, erklären Sie diesen Direktbeschluss als erheblich, setzen Sie die Kommission ein, lassen Sie die Kommission arbeiten und wir werden im September materiell entscheiden, in welche Richtung wir gehen.

*Trachsel:* Es ist auch schön, wenn man in diesem Rat zu Sachfragen wieder sprechen darf. Das geniesst man, ich muss es Ihnen sagen.

Wir haben vor einem Jahr hier einstimmig den 7 Millionen zugestimmt. Die Regierung hatte damals den Antrag gestellt, keine Volksabstimmung zu machen. Wir haben den Entscheid freiwillig der Volksabstimmung unterstellt. Wir kennen das Resultat.

Ich persönlich, ich habe es auch schon einmal in einer Standespräsidentenansprache gesagt, war überrascht und enttäuscht. Aber es ist klar, das Volk hat Recht, darüber müssen wir nicht diskutieren. Ich glaube, wir können dann später darüber diskutieren, wenn das Volk gesprochen hat, dass es wieder sprechen darf.

Für mich ist es an und für sich klar. Die Frage haben wir eigentlich beantwortet. Heute ist zu beantworten, ob wir nochmals eine Prüfung machen und – hier möchte ich jetzt eine Klammer öffnen – ob wir bereit sind, die Arbeit zu machen, die wir letztes Mal nicht gemacht haben. Man kann darüber diskutieren, wieso das Volk Nein gesagt hat, das Einzige, was wir sicher wissen, es hat knapp Nein gesagt, und die Analyse des GfS-Forschungsinstituts hat ergeben, dass es viele Gründe gibt, wieso man Nein sagen konnte. Was aber nicht weg zu diskutieren ist, wir haben hier alle für diesen Kredit zu wenig gemacht. Ich schliesse mich hier ein. Ich glaube, wenn wir heute hier Ja sagen, dann übernehmen wir auch die Verpflichtung, zu prüfen. Wenn wir dann noch einmal Ja sagen, dann übernehmen wir auch die Verantwortung, dafür zu kämpfen.

Wir können mit der heutigen Überweisung dieses Direktbeschlusses einen Fehler gut machen, den wir alle irgendwo mitverursacht haben. Es ist nun klar, es geht nicht, dass man das Volk nicht im Detail orientiert, dass man nicht für 7 Millionen kämpft. Nächstes Mal werden es hoffentlich 4 Millionen sein. Wir müssen dafür einstehen, wir müssen erklären, damit wir in diesem Kanton wieder eine Einigkeit herbringen, damit wir überregional Projekte anpacken können. Aus diesem Grunde bitte ich Sie für Überweisung zu stimmen.

*Bühler:* Das Volk hat immer Recht, auch wenn es nicht Recht hat. Ich meine, in diesem Falle habe das Volk nicht Recht gehabt. Aber die Abstimmung ist gelaufen und das Bündner Volk hat es abgelehnt, einen Beitrag an die WM zu leisten. Ich war sehr überrascht und sehr enttäuscht.

Ich musste mich auch selbst löffeln; als Mitglied der Vorberatungskommission fühlte ich mich auch schuldig, nicht genügend getan zu haben. Ich begreife heute die Argumente

der Engadiner Grossräte gut, die sich nochmals mächtig ins Zeug legen, um doch noch zu einem Kantonsbeitrag zu kommen.

Ich habe aber die allergrösste Mühe, wenn wir einen Volksentscheid einfach so übergehen. Viele unserer Bürgerinnen und Bürger werden das Vorgehen nicht verstehen und es als Zwängerei auslegen. Ich meine, wir dürften nicht schon wieder mit diesem Geschäft kommen. Aus diesem Grund kann ich dem Direktbeschluss nicht zustimmen.

*Arquint:* Kollege Walther hat von einem Dilemma gesprochen, Kollegin Bühler von einer Zwängerei. Tatsächlich wird in der Bevölkerung der Eindruck der Zwängerei entstehen, er ist auch schon vorhanden. Bei der SP hat sich das darin gezeigt, dass wir grösste Mühe haben, jetzt ein Jahr nach der Abstimmung, erneut in dieses Geschäft einzusteigen.

Es geht um eine sportliche Infrastruktur, es geht um touristisch nachhaltige Einrichtungen, die sich auszahlen. Die SP ist sich gewöhnt, dass sie bei jedem Vorstoss, der irgendwie das Stichwort „Sozial“ in sich trägt, ständig majorisiert wird, dass sie Initiativen organisieren muss und wir dann über Resultate hier im Saal diskutieren und entscheiden werden, selbst wenn auf Bundesebene die Würfel schon gefallen sind.

Wenn wir trotz allem, zu diesem Direktbeschluss „Ja“ sagen können, dann hat das damit zu tun, dass

1. beim ganzen Projekt die Zusammenarbeit mit den Umweltorganisationen sehr positiv verlaufen ist, und man ein Konsens erreichen konnte,
2. sich die Rahmenbedingungen geändert haben.

Aber, die SP ist eindeutig der Meinung, ein solches Wiedererwägungsgesuch und eine solche Entscheidung dürfen nicht an der Bevölkerung vorbeigelotst werden. Wir haben viel darüber gehört, wie man die Bevölkerung nicht oder dann falsch informiert hat. Ich bin mit der SP eindeutig der Meinung, ein Vorschlag, wie immer der in der Oktobersession diskutiert und entschieden wird, muss die Hürde der Volksabstimmung passieren.

Nun sind wir aber nicht unbedingt der Meinung, dass man so klar, wie das der Landespräsident erläutert hat, die formellen und die materiellen Angelegenheiten voneinander trennen kann. Liest man die diesbezüglichen Geschäftsordnungsparagrafen, so ist durchaus eine freie graue Zone für die Diskussion und Entscheidung gegeben. OK, wir akzeptieren den Antrag so wie er kommt.

Was wir aber unbedingt hier in diesem Saal auch von den andern Parteien hören möchten, ist eine politische Aussage über ihr Verhalten im Bezug auf die Volksabstimmung – Volksabstimmung oder keine Volksabstimmung – und zwar nicht nur aus politischen Erwägungen, sondern auch aus den Erwägungen des Transportes dieses Geschäftes an die Öffentlichkeit. Die Bevölkerung würde diese Botschaft besser verstehen, wenn sie zum Formellen auch noch einen inhaltlichen Aspekt hätte, und zwar den Ausdruck des Grossen Rates in dieser Angelegenheit, dass er gewillt ist, das Geschäft wieder der Volksabstimmung zu unterbreiten. Es darf nicht das Gefühl entstehen, am Schluss wird man dann sehen, wie es rauskommt. Und es darf nicht der Verdacht aufkommen, dass noch Wege gesucht werden, wie man das Volk umgehen könnte.

Kollege Hartmann hat gesagt, man habe beschlossen, sich nicht auf die Budgetdebatte zu konzentrieren – das wäre eine Möglichkeit gewesen. Ich hätte gern auch die Ergänzung gehört, dass gerade weil eine Volksabstimmung gewünscht wird, dieser Vorgehensweg gewählt wurde.

Zum Schluss nur noch eine generelle Bemerkung, auf die von der SP aus Gewicht gelegt wird, sie richtet sich auch an Kollege Roffler: Ich denke, wir sollten jetzt nicht dieses Geschäft in der erpresserischen Art und Weise durchführen, wie dies Kollege Roffler dargetan hat – gibst du mir etwas und ich gebe dir etwas, wenn du mir dann auch etwas gibst. Das ist nicht eine kantonale Politik, das ist eine kleinkarierte Regionalpolitik. Die SP ist immer der Meinung und wird an dieser festhalten, es sind zwei paar Schuhe, diese Vorlage und die Olympischen Winterspiele, welche wir nicht unter den Träumen und Visionen, sondern unter den Alpträumen schubladisieren. Diese Differenz muss und darf nicht einfach nivelliert und relativiert werden.

*Marti:* Das Ganze ist natürlich eine sehr grosse Gratwanderung. Ich spüre aus allen Voten, dass eine Unsicherheit darüber herrscht, wo diese Gratwanderung hinführen wird. Es geht hier nicht bloss darum, ob sieben oder vier Millionen für die WM gesprochen werden. Es geht auch nicht grundsätzlich um die WM, ob man dafür sein will oder nicht. Ich selber bin sehr für die WM und auch für die Olympiade. Es geht auch nicht um die Wertschätzung gegenüber den Personen, die hier arbeiten und sehr viel tun für das Gelingen der WM. Es geht hier aber um eine Frage des grundsätzlichen Demokratieverständnisses vor allem des Grossen Rates. Des Grossen Rates der ja letztlich auch die sehr grosse Aufgabe hat, den Willen des Volkes zu respektieren.

Wenn Herr Ratskollege Lemm fragt, wie viel Wert ist uns die WM, muss ich fragen: Wie viel Wert ist uns die Demokratie? Der Grosse Rat setzt mit diesem Beschluss ein Zeichen, dass der Bürger sehr wohl zur Kenntnis nehmen wird. Er wird sich fragen, wie geht der Grosse Rat damit um, wenn er mit zu Null Stimmen eine Kreditvorlage zuhanden Volksabstimmung verabschiedet und dieser Kredit schlussendlich – auch zu meinem Missfallen – vom Volk nicht überwiesen worden ist. Er wird sich auch fragen, warum wird jetzt trotzdem wieder versucht – Hand aufs Herz – eine abgespeckte Variante vorzuschlagen. Es geht darum, wie wir mit Volksentscheiden umgehen und was der Bürger daraus für Schlüsse zieht. Mir fallen hier zwangsläufig Schlagworte ein wie

- "Demokratieverdrossenheit", die sich daraus ergeben wird;
- "Denkzetteldemokratie" und derjenige der einen Denktzettel verpasst bekommt, schlussendlich noch Recht erhält, indem eine zweite Abstimmung etwas abgespeckt vor das Volk kommt.

Auch die Befürworter der Vorlage, die für die 7 Millionen gestimmt haben, werden sich fragen, wie der Grosse Rat hier mit Voten umgeht, wenn man unterliegt.

Wenn man die Frage stellt nach der Notwendigkeit einer neuerlichen Volksabstimmung, so meine ich, dass wir uns hier keine Halbheiten mehr leisten können. Es geht nicht nur darum, ob man die Volksabstimmung will oder nicht. Ich bin eher der Meinung, wir müssen klar sagen, es geht nicht mehr ohne das Volk. Wenn wir schon diese Gratwanderung machen wollten, wäre dann das absolute Minimum wenigstens eine Volksabstimmung. Aber auch das ist schon eine Gratwanderung – wie gesagt.

Ich möchte Ihnen deshalb ans Herz legen, hier klar Stellung zu nehmen und Ihrer Verantwortung als Grossrat und nicht als Bürger – als Grossrat – gerecht zu werden und das Volksmehr zu akzeptieren und hier deshalb ein Zeichen zu setzen gegen diesen Direktbeschluss.

*Pfenninger:* Das Volk hat immer Recht, der Grosse Rat nicht immer und die Standeskanzlei vielleicht auch nicht ganz immer. Ich komme dann noch darauf zurück.

Grundsätzlich meine ich aber, dies vielleicht auch zum Votum von Kollege Marti, dass man durchaus auch eine Vorlage ein zweites Mal bringen darf. Für mich ist dann aber klar, nur unter der Bedingung, dass das Volk darüber entscheiden kann und man dem Volk die Rahmenbedingungen nochmals klar aufzeigt. Ich meine, das ist vertretbar.

Mir und vielen Kolleginnen und Kollegen aus meiner Fraktion geht es darum, dass der Passus, wonach es bei einem allfälligen, finanziellen Beitrag eine zwingende Volksabstimmung geben muss, auch schon in diesem Direktbeschluss verankert wird.

Nun sagt die Präsidentenkonferenz, dass das aus verfahrenstechnischen Gründen nicht möglich sei. Kollege Arquint hat schon darauf hingewiesen: wenn man den Antrag von Hartmann und die Geschäftsordnung Artikel 43d anschaut, ist es nicht so eindeutig, dass es nicht möglich wäre, so einen Passus einzubauen, weil es eben nicht, wie uns Kollege Lemm davor warnt, um eine materielle Forderung geht, sondern um die Rahmenbedingungen für dieses Verfahren.

Ich meine, da müsste die Präsidentenkonferenz einmal Klarheit schaffen, wie man in Zukunft mit solchen Direktbeschlüssen umgehen soll und wie viel Raum da besteht. Selbstverständlich werde auch ich mich dem Verdikt der Präsidentenkonferenz bezüglich der Verfahrensfrage unterziehen und diesen Antrag auch nicht stellen, wie das schon Kollege Zindel angetönt hat. Mir fehlt aber nach wie vor das klare Bekenntnis dieses Rates, dass diese Vorlage zwingend vor das Volk muss. Wenn ich nicht im Laufe dieser Diskussion noch deutlich höre, dass dies tatsächlich der Fall ist, werde ich mich gezwungenermassen der Stimme enthalten.

*Demarmels:* Ich bin für die WM 2003, ich bin für die Olympiade, ich bin für Träumereien, wie sie der Alt-Standespräsident in seiner Eröffnungsansprache gefordert hat. Ich bestreite auch nicht, dass von diesem Anlass Wirtschaftsimpulse ausgehen, in die Region und in den Kanton. Ich bin aber auch und vor allem für die Respektierung des Volkswillens. Ich denke, es ist ein Affront gegen alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, dass man jetzt versucht einen unerwünschten Ausgang einer Volksabstimmung mit einer Kurve wieder zu recht zu biegen. Bis jetzt habe ich immer gedacht, ein „Nein“ sei ein „Nein“. Heute muss ich hören, dass ein „Nein“ auch ein „Ja“ sein kann je nach Analyse und Interpretation. Es fehlt mir der Wille dies zu glauben. Das Volk hat gesagt, es wolle keine Steuergelder für die WM 2003 ausgeben und ich denke, dass das zu respektieren ist.

Dass dieses gleiche Geschäft in so kurzer Zeit jetzt nochmals traktandiert wird, wird das Volk als Zwängerei durchschauen. Man hört heute Aussagen wie man jetzt Anlagen baut für nachhaltige Wirkung, nachhaltige Infrastrukturen usw. Das ist soweit gut. Aber, dass man dann im gleichen Atemzug festhält, dass man solche Anlagen für andere Anlässe nicht zur Verfügung stellt, dafür habe ich kein Verständnis. Ich bin gegen die Überweisung dieses Direktbeschlusses.

*Zegg:* Ich habe den Antrag auf Direktbeschluss auch mitunterzeichnet. Ich bin der festen Überzeugung, dass Graubünden als jener Kanton, in welchem der Wintersport sozusagen geboren und erfunden wurde und wo der Schneesport, so nennt man heute den Wintersport, das wichtigste Tourismusangebot darstellt, einen finanziellen Beitrag an die Al-

pine Wettkampfstätten in St. Moritz leisten sollte und müsste. Wir müssen daher den Antrag als erheblich erklären.

Es geht bei dieser Durchführung der WM und dem Bau der Wettkampfstätten um nichts anderes als um ein weltweites Marketing für unseren Kanton Graubünden. Der Wintertourismus bringt die grösste Wertschöpfung. Es bleibt am meisten Geld für Löhne und Gewinne im Kanton. Allein diese Tatsachen müssen es wert sein, dass wir die Frage eines Beitrages an die Wettkampfstätten nochmals prüfen. Um mehr geht es heute nicht.

Ich kann die Meinung von Grossrat Butzerin und auch von anderen nicht teilen, dass, nur weil man beim Volk einmal Bach abgegangen ist, nun die Flinte ins Korn zu werfen sei. Vielmehr ist es in der Demokratie üblich, über die Bücher zu gehen und einen zweiten Anlauf zu nehmen. Es gilt auch hier das Sprichwort, wer gewinnen will, muss vielleicht das erste Mal auch verlieren können.

Wir haben gute und neue Argumente gehört, die verschiedene Vorredner ausgeführt haben. Ich bin überzeugt, wenn wir das Geschäft für erheblich erklären und eine Kommission dieses unter Berücksichtigung der neuen Argumente und Vorzeichen prüft, dass es viele einleuchtende Gründe geben wird, einen solchen Beitrag zu sprechen. Es wäre ja fast beschämend, wenn wir als Parlament des wichtigsten Tourismuskantons nicht eine zweite Chance wahrnehmen würden, um einen Beitrag für die Wettkampfstätten für diesen für den Wintertourismus so wichtigen Anlass zu gewähren. Ich bitte Sie deshalb, das Geschäft für erheblich zu erklären.

*Trepp:* Ich habe eine Frage an den Erstunterzeichner. Wäre dieser allenfalls bereit, diesen Direktbeschluss in dem Sinne abzuändern, dass bereits jetzt beschlossen wird, dass diese Vorlage dem Volk zu unterstellen sei? Vielleicht könnten wir den Mut haben, uns über die Standeskanzlei hinweg zu setzen.

*Battaglia:* Ich habe noch eine kurze Antwort betreffend Landwirtschaftssubventionen an Herr Biancotti. Diese Subventionen müssen etliche Volksabstimmungen durchlaufen. Wir machen hier St. Florians-Politik pur. Der Grosse Rat hatte nicht den Mut, den Vorschlag der Regierung zu akzeptieren. Damals übertrugen wir die Verantwortung dem Volk. Damals hätten wir ein Referendum riskieren sollen. Heute haben wir die genau gleichen Argumente und Fakten, nur statt 7 neu 4 Millionen. Wir setzen eine Kommission ein, übertragen dieser eine Arbeit, die an Bedingungen geknüpft ist, z.B. nur Volksabstimmung. Wie soll diese Kommission arbeiten? Die Kommissionsmitglieder sind dann die Bösen. Also, haben wir den Mut „Nein“ zu sagen und nicht einzutreten. Lieber jetzt als erst in der Septembersession.

*Tramèr:* Mir scheint, die Diskussion läuft nun etwas aus dem Ruder. Unser Standespräsident hat eingangs ganz klar dargelegt, dass dieses Sachgeschäft eine formelle und eine materielle Seite hat. Heute haben wir grundsätzlich nur über ein formelles Vorgehen zu entscheiden, nämlich Erheblicherklärung und Einsetzung einer Kommission.

Ich habe vollstes Vertrauen in diese Kommission. Ich bin überzeugt, dass sich diese mit all den Argumenten, die einerseits bereits bekannt und andererseits heute wiederum genannt worden sind, auseinander setzen und uns dann im Herbst auch einen entsprechenden Antrag unterbreiten wird. Wenn der Antrag der Kommission dann letztlich nicht der

Meinung des Einen oder des Anderen von Ihnen entspricht, mag dies zutreffen, dann soll darüber die Diskussion erfolgen. Heute ist dies aber meiner Meinung nach der falsche Zeitpunkt. Jetzt geht es nur darum, wollen wir dieses Geschäft für erheblich erklären und wollen wir eine Kommission einsetzen, die sich aus Mitgliedern unseres Grossen Rates zusammensetzt und die alle Argumente nochmals genau prüfen wird, und zwar in einem kleineren Rahmen, wo eine sachliche und fundierte Diskussion besser möglich ist. Ich sehe in der Einsetzung dieser Kommission keineswegs eine präjudizielle Wirkung für einen allfälligen Antrag dieser Kommission. Aus diesem Grunde beantrage ich Ihnen, dass wir diesen Antrag als erheblich erklären und die entsprechende Kommission einsetzen.

*Koch:* Ich bin nach der heutigen Neubeurteilung ebenfalls für den vorliegenden Direktbeschluss, trotz Anerkennung des Volksbeschlusses. Sind wir doch glücklich, dass es St. Moritz und dem Oberengadin gelungen ist, die Ski WM zu erhalten. Dies umso mehr wenn wir wissen, wie schwierig dies ist, bei den heute fragwürdigsten Vergabepaxen der internationalen Verbände. Wer anders als Graubünden, als weltbekanntes Wintersportgebiet, wäre besser zu dieser Durchführung geeignet? Es gilt, unsere über 50 Prozent Arbeitsplätze im Tourismus zu erhalten. Sollten wir weiter träge und kritisch gegeneinander sein, würden sich viele ausserhalb unserer Grenzen freuen. Wichtig ist, dass alle Regionen auch für die Zukunftsanlässe geschlossen zusammenhalten. Wesentlich ist für mich, dass das Ganze einer weiteren Volksabstimmung unterbreitet wird, über was wir leider heute nicht abstimmen können. Ich respektiere aber den Beschluss der Präsidentenkonferenz und bin für Eintreten.

*Hartmann:* Es tut mir Leid, wenn gewisse Grossräte mein Anliegen nicht richtig verstanden haben. Ich möchte nochmals auf die Anfrage von Kollege Trepp zurückkommen. Es ist beabsichtigt, dass wir eine Kommission einsetzen, die fundiert, transparent und ohne Druck sämtliche Unterlagen anschauen und prüfen kann. Auch die heute in der Diskussion gefallenen Voten sollen von der Kommission geprüft und bei der Entscheidungsfindung mit berücksichtigt werden. Nach meiner Meinung wäre es jetzt falsch, wenn wir jetzt beginnen würden zu flicken und einzelne Sachen abzuändern, denn für das wollen wir ja eine Kommission. Ich glaube, im Oktober sehen wir das Resultat und dann können Sie, meine Kolleginnen und Kollegen, nochmals darüber befinden. Auch Sie haben dann mitbekommen, was wie, wann, und wie viel gemacht werden soll. Darum bin ich nicht der Meinung, dass jetzt eine Änderung meines Antrages erfolgen soll.

#### Abstimmungen

Für die Erheblicherklärung des Antrages auf Direktbeschluss.	74 Stimmen
Dagegen	16 Stimmen
Für die Einsetzung einer grossrätlichen Kommission aus neun Mitgliedern.	80 Stimmen
Dagegen	0 Stimmen
Für den Antrag, dass die grossrätliche Kommission bis am 3. September 2001 Bericht erstattet und Antrag zuhanden der Oktobersession 2001 stellt.	80 Stimmen

Dagegen	0 Stimmen
Für den Antrag, dass die Kommission die Regierung zur Stellungnahme bis spätestens am 6. Juli 2001 auffordert.	83 Stimmen
Dagegen	0 Stimmen
Der Antrag, wonach für das Sekretariat der grossrätlichen Kommission das Departement des Innern und der Volkswirtschaft beigezogen werden kann, wird genehmigt.	

## Landesbericht 2000

### Eintreten

#### Antrag der GPK

Eintreten

*Pfenninger,* Sprecher der GPK: Die Regierung hat dem Grossen Rat, gemäss Artikel 37 der Kantonsverfassung, alljährlich Bericht über die Amtsführung und die ganze Landesverwaltung zu erstatten.

Der Landesbericht wurde Abschnittsweise durch die damit beauftragten Kommissionsmitglieder der GPK vorgeprüft und anschliessend in der Gesamtkommission beraten. Festzuhalten ist, dass die einzelnen GRiforma - Dienststellen nicht im Rahmen des Landesberichtes, sondern bei der Beratung der Staatsrechnung Bericht erstatten. Insgesamt gibt der Bericht einen guten Einblick in die Verwaltungstätigkeit des abgelaufenen Jahres. Die verstärkte Berichterstattung der Regierung und der Departemente über ihre Schwerpunkte erlaubt unserem Rat, sich kritisch mit den wesentlichen Ergebnissen des vergangenen Jahres und damit auch der wünschbaren Stossrichtung des Kantons auseinander zusetzen. In der Detailberatung wird sich die GPK zu den einzelnen Teilen – wie üblich – nicht mehr zu Wort melden. Die GPK beantragt dem Grossen Rat, den Landesbericht zu genehmigen.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

### Detailberatung

#### Antrag GPK und Regierung

Genehmigung des Landesberichtes 2000

#### Grosser Rat, Regierung

*Joos:* Ich möchte nur rasch fragen, ob die Parteiunabhängigen so bedeutungslos sind, dass sie nicht mehr offiziell aufgeführt werden?

*Koch:* Selbst das Mikrofon steigt aus bei dieser Hitze – dicke Luft im Saloon. Frau Regierungspräsidentin, ich habe Ihnen heute vor Sessionsbeginn etwas zu früh gedankt, dass wir trotz Sommertemperaturen nun einen gut klimatisierten Ratsaal besässen. Darum meine Frage: Sind, trotz langer Leidenszeit und hohen Kosten, unsere Anlagen zu schwach oder bereits ausgestiegen? Könnte die Lüftungsanlage nicht bereits einige Tage vor der Session geprüft werden, nicht erst um 13.30 h bevor wir beginnen.

*Tremp:* Auf Seite 6, unter Wirtschaftsziel 1 wird umschrieben, dass Graubünden der Stiftung Greater Zurich Area beigetreten ist. Dieser Beitritt folgt unter dem Stichwort Stär

kung des Wirtschaftsstandortes Graubünden. Weiter hinten auf Seite 41 steht, auch im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung, Standort Graubünden, zum Thema INTERREG ein entsprechender Hinweis.

Um was geht es hier? Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Graubünden als Bestandteil der Alpen sich wirtschaftlich in der Peripherie befindet und die betreffenden Wirtschaftsentscheidungen ausserhalb unseres Kantons, ja sogar ausserhalb der Alpen, gefällt werden. Oder anders gesagt: Graubünden und damit auch die Alpen werden zum Hinterland der europäischen Metropolen – um einen Auszug aus einer kürzlich publizierten Illustration zu zitieren. Der Tatbestand, dass Graubünden sowohl dieser Stiftung als auch dem INTERREG -Programm beigetreten ist, scheint mir nicht ganz unproblematisch zu sein.

Was soll und was muss dieser Kanton für Schwergewichte setzen, damit Graubünden bezüglich der Wirtschaftsförderung aber auch bezüglich des Wirtschaftsstandortes attraktiv genug bleibt. Ich denke, es geht sowohl um die wirtschaftliche Bedeutung, bezüglich möglichst hoch qualifizierter Arbeitsplätze – aber nicht nur – als auch darum, dass wir einen Raum für den Tourismus anbieten. Ich bin aber fest überzeugt, dass wir die Prioritäten auf Kräfte innerhalb der Alpen zu setzen haben. Ich frage deshalb den zuständigen Departementchef an, wie sich die Regierung zu diesem Projekt der Stiftung stellt und wie sie ihre Rolle im Alpenraum sieht, auch im Zusammenhang mit dem INTERREG -Programm.

*Portner:* Ich möchte zur Erfolgskontrolle des Jahresprogramms 2000 ganz generell Stellung nehmen. Ich will keine Rüge erteilen, sondern feststellen, wir sind alle am Lernen. Anscheinend hat man zu spät bemerkt, es wurde auch in den Medien schon geschrieben und geäussert, dass man diese Erfolgskontrolle der Kommission für das Regierungsprogramm, die Finanzplanung und das Jahresprogramm vorher vorlegen und mit ihr diskutieren sollte. Man könnte das vielleicht in Zukunft so vorsehen.

*Heinz:* Ich spreche zu Ziel 10, bürgernahe und zukunftsgerichtete Verfassung. Inzwischen ist die Vernehmlassungsfrist zum Entwurf der neuen Kantonsverfassung abgeschlossen. Ich möchte die Regierung anfragen, ob der neue Verfassungsentwurf das Ziel Bürgernähe erreicht hat? Davon bin ich nicht überzeugt. Ich gelange mit dem Wunsch an die Regierung, dass sie dem Verfassungsentwurf, ich meine diesem Papier hier, die modische Schminke etwas entfernt, damit der Grosse Rat eine Botschaft zur neuen Kantonsverfassung erhält, mit einem Verfassungsentwurf der für alle Bürger Graubündens bürgernah ist und der auf die wirtschaftliche, politische, sprachliche, topographische, regionale und kulturelle Vielfalt von unserem schönen Kanton Rücksicht nimmt und auch breit im Volk abgestützt ist.

*Walther:* Ich habe nur eine Frage zum Wirtschaftsziel 1. Hier ist die Rede von der Marke Graubünden, wie auch sonst noch an verschiedenen anderen Stellen. Diese Marke Graubünden und das, was man damit verbunden hat, hat ja schon sehr viel Druckerschwärze bemüht und auch zu einigem Kopfschütteln geführt. Und so frage ich nun Herrn Regierungsrat Huber, ob er das Bedürfnis hat, den Grossen Rat etwas über die Zielsetzung zu diesem Punkt zu orientieren. Ich meine es ist gerechtfertigt, dass dies hier doch ein bisschen breiter diskutiert wird.

*Lemm:* Nur ganz kurz: Ich habe volles Verständnis, Herr Standespräsident, für Ihre unkonventionelle Vorgehensweise, möchte aber doch noch ganz kurz auf die Bemerkung von Frau Joos zurückkommen. Frau Joos, wenn Sie auf Seite 4 des Landesberichtes, die Verteilung der Grossrätinnen und Grossräte nachrechnen, dann kommen Sie auf 120. Jetzt meine Frage an Sie: Mir ist es so, als hätte ich in der Bündner Presse gelesen, dass Sie der FDP-Fraktion beigetreten sind. Wenn dem nicht so wäre, dann würde ich das gerne hier hören. Denn im Landesbericht gehören Sie zur FDP.

*Joos:* Ich habe im Landesbericht 1999 nachgeschaut und da sind alle, auch die Fraktionslosen, aufgeführt worden. Zur Fraktion gehören wir schon, aber zu einer Partei gehören wir eigentlich nicht. Ich stellte ja deshalb die Frage. Man kann sich darüber streiten, was richtig ist. Aber so wichtig ist das Ganze ja auch nicht.

*Hardegger:* Ich habe eine Frage zu Ziel 20, auf Seite 11. Darin sieht die Regierung die Einführung von Abteilungspauschalen in den Spitälern vor. Meine Frage an Herrn Regierungsrat Aliesch, was können wir uns konkret darunter vorstellen und können damit auch Einsparungen im Gesundheitswesen erzielt werden?

*Christoffel:* Zu Ziel 17 bitte ich die Regierung mir drei Fragen zu beantworten.

- Was geschieht mit der heute an der Frauenschule geführten Vorschule?
- Wo werden die bisher an der Frauenschule angebotenen Ausbildungen, Kurswesen und Hauspflege angeboten?
- Hat die Regierung daran gedacht oder geprüft ob die Kurse an einem anderen Standort z.B. an der Bäuerinenschule Schiers oder in Ilanz angeboten werden könnten?

*Heinz:* Ich hätte noch eine Frage zu Ziel 19. In Ziel 19 wird ausgeführt: die Schaffung der Fachstelle für Alkoholprobleme wurde zu Gunsten anderer Projekte zurückgestellt. Ich möchte wissen, zu Gunsten welcher anderer Projekte?

Dann hätte ich noch eine Frage zu Ziel 25. Was versteht die Regierung unter ökologisch wünschbaren Restwassermengen?

Dazu möchte ich die Regierung bitten, an die Wasserkraft zu denken und die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Verbesserung des Produktionsstandortes der Wasserkraft in diesem Kanton zu prüfen.

*Märchy:* Zu Ziel 17 möchte ich der Regierung folgende Frage stellen. Bis wann kann mit einer einzigen Schule für Berufe im Gesundheitswesen gerechnet werden.

*Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf:* Die zwei Fragen von Frau Joos und Herrn Koch möchte ich noch kurz beantworten. Die Unabhängigen sind hier einfach verloren gegangen. Das ist ein Versehen. Wir haben hier von Parteien gesprochen. Bis jetzt haben wir von Fraktionsmitgliedern gesprochen und dann wäre es ja richtig. Das trifft für Grossrätin Joos zu.

Zur Klimaanlage: Herr Koch, wir haben diese eine Woche lang geprüft. Sie hat immer funktioniert. Allerdings war es damals nicht so warm wie heute. Ich weiss nicht, warum sie heute nicht mehr ganz optimal funktioniert. Vielleicht sind wir zu viele Leute. Das würde dann dafür sprechen, in der Verfassungsrevision den Grossrat zu verkleinern. Das wer

den wir noch prüfen müssen. Die anderen Fragen werden von meinen Kollegen, den zuständigen Departementvorstehern, beantwortet.

*Regierungsrat Huber:* Zur Frage von Herr Grossrat Tremp betreffend Wirtschaftsstandort Graubünden. Sie wissen, wir haben uns im Regierungsprogramm darüber unterhalten, dass sich Wirtschaftsräume anders organisieren, nicht mehr unbedingt den Kantonsgrenzen entlang, sondern das geht im Süden und Osten unseres Kantons über die Kantonsgrenze und über die Landesgrenze hinaus. Hier wirken geförderte Projekte seitens des Bundes – INTERREG -Projekte.

Wenn Grenzen noch offener werden, können wir uns durchaus vorstellen, dass für die Entwicklung im Münstertal, beispielsweise die Entwicklung im Vinschgau plötzlich wichtiger wird als die Entwicklung in Chur. Das ist ja die Neuorganisation dieser Wirtschaftsräume – zum Teil nicht mehr entlang der bestehenden historischen Grenzen.

Wir haben im Regierungsprogramm seiner Zeit dargelegt, wie sich die Regierung die Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen hinweg vorstellt. Gleichzeitig haben wir unter anderem gesagt, dass für die Regierung nach wie vor der Raum Ostschweiz, die Zusammenarbeit in der Ostschweiz wichtig sei.

Wir haben auch in der Regierungskonferenz der Gebirgskantone bestimmte Projekte, für die wir im Gebirge gemeinsame, gleiche Problemsituationen haben, als für uns wichtig erklärt. Wir haben aber recht pointiert ausgesagt, wir würden uns auch nach dem Wirtschaftsraum Zürich ausrichten, weil dieser Wirtschaftsraum auch entscheidend ist, für das, was in Graubünden touristisch geschieht, aber auch für das, was über den Tourismus hinaus – moderne Industrie, moderne Dienstleistungen – einen Einfluss auf unseren Kanton hat.

Wir haben weiter festgestellt, dass im Konzept unserer Wirtschaftsförderung ein recht gravierender Mangel vorhanden ist – das Standort Marketing – dass wir uns vernehmen lassen müssen über unsere Qualitäten, und zwar nicht nur im Tourismus, sondern auch für andere Qualitäten, die es in Graubünden für bestimmte Regionen ebenfalls gibt. Für die Region Bündner Rheintal, entlang der A13, haben wir damals bereits festgelegt, dass hier Alternativen zum Tourismus und auch zukunftssträchtige Möglichkeiten bestehen, um hier Ansiedlungen und Weiterentwicklungen von Unternehmungen zu fördern. Und um dieses Marketing besser zu machen, haben wir uns zusammen mit dem Kanton Glarus und anderen Kantonen aus der Ostschweiz entschieden, für diesen Teil Bündner Rheintal in dieser Standortmarketing Organisation Stiftung Greater Zurich Area mitzuarbeiten. Das ist eigentlich das Konzept.

Wir konnten aushandeln, dass wir hier nicht für den ganzen Kanton miteinbezogen werden, weil in grossen Teilen des Kantons der Tourismus der massgebliche Wirtschaftsfaktor ist und auch die Wertschöpfung erzeugt, sondern uns für diesen Raum mit etwa 1/3 der Einwohner an Greater Zurich Area beteiligen würden. Die Zusammenarbeit hat sich recht gut entwickelt.

Ich kann Ihnen jetzt noch keine Erfolgsmeldungen bekannt geben, aber es gibt recht verheissungsvolle Projekte, die auch für Graubünden in Frage kommen. Es ist nicht so, dass wir Selbstaufgabe betreiben, aber es ist die Einsicht, dass es, wenn es um Wettbewerb der Standorte geht, Zusammenarbeitsformen braucht, die etwas anders aussehen, als das bisher der Fall war.

Zur Marke Graubünden: Herr Walther, Halbfertigprodukte sind immer recht interessant zu diskutieren, bieten sie doch in der Regel recht grosse Angriffsflächen.

Ich gebe zu und nehme zur Kenntnis, dass das recht viel Kopfschütteln gegeben hat, vor allem auch die Art und Weise, wie es dann publik geworden ist, nämlich über Indiskretionen. In einem grossen Projekt, wie es dieses Markenprojekt ist, ist das an und für sich nicht ganz unerwartet und kann passieren. Es hat aber auch sehr viel Zustimmung gegeben, Zustimmung zu diesem Projekt als Ganzes. Ich nehme jetzt einmal das B mit den beiden Ü-Punktchen weg und auch das Bündnerland bzw. die Namensgebung, aber zum Prozess selbst, hat es sehr viele Zustimmung und recht wenig Kritik gegeben. Die Zustimmung kommt nicht nur aus Graubünden, sondern auch von ausserhalb unseres Kantons, vor allem auch aus Bern, wo wir dieses Projekt ja angemeldet haben, um Beiträge aus diesen überregionalen Fonds zu bekommen. Wir haben es als Regio-Plus-Projekt platziert. Man hat dort unser Projekt Markenstrategie Graubünden, Entwicklung einer Marke Graubünden, als sehr gutes Projekt beurteilt und das in Konkurrenz zu andern ähnlichen Projekten, wie sie beispielsweise im Berner Oberland, der Inner- schweiz oder im Kanton Wallis ebenfalls laufen. Das ist so der gegenwärtige Stand.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass Bündnerland mindestens in Graubünden, ich muss das so sagen, keine Zustimmung findet und wir auch ein Problem haben mit den Sprachen, obschon Graubünden auch Ü-Punktchen hat. Wir haben ein Problem mit der sprachlichen Situation.

Wir bewirtschaften dieses Projekt weiter. Wir sind nicht der Meinung, dass wir es aufgeben müssen. Wir werden an einem neuen Markentag mit neuen Überlegungen uns auch öffentlich wieder zeigen mit diesem Projekt. Es ist sehr entscheidend, wie sich Graubünden Ferien verhält, wie Graubünden Ferien seinen Auftritt für die Zukunft wählt. Dort bestehen ja schon seit längerer Zeit Absetz-Bewegungen von der Ferienecke. Es wird sehr entscheidend sein, wie Graubünden Ferien auftreten will.

Wir möchten dann in Verbindung mit diesen positiven Wahrnehmungen über unsern Kanton, die wir über den Tourismus haben, vermehrt auch Standortmarketing bis hin zu Markenpolitik betreiben oder es mindestens versuchen. Das möchten wir weiter verfolgen und dieses Projekt auch weiter bearbeiten, vorläufig ohne weitere Kostenfolge, ich kann das hier zu Protokoll geben.

*Regierungsrat Aliesch:* Herr Grossrat Heinz hat angefragt, ob der neue Verfassungsentwurf die so genannte Bürgernähe erreicht habe. Das ist eine Zielvorgabe, die mit der neuen Verfassung zu erreichen ist. Ich darf Ihnen sagen, was das Ergebnis der Vernehmlassung ist. Eine grosse Mehrheit jener Institutionen und Privatpersonen, die sich im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zu diesem Punkt äusserten, haben dem Verfassungsentwurf eine grosse Bürgernähe attestiert. Es wurde gesagt und man äusserte sich dahin gehend, dass der Verfassungsentwurf einen klaren Aufbau aufweise und auch eine verständliche Sprache spreche. Unterschiedlich waren, das haben Sie aus den Medien erfahren können, selbstverständlich die geäusserten Auffassungen zum materiellen Gehalt der Kantonsverfassung.

Aber was gut ist, kann ja und soll noch weiter verbessert werden, das ist jetzt Aufgabe der laufenden Arbeiten. Derzeit sind wir im Departement daran, die Vernehmlassungen im Detail auszuwerten. Es geht weiter um Vorentscheide, die vorzubereiten sind und die die Regierung zu fällen hat. Und

letztlich geht es dann um die Ausarbeitung der Botschaft an Ihren Rat. Die Botschaft ist letztlich von der Regierung zu verabschieden.

Wir werden selbstverständlich die Anregungen, Ihre Anregungen Herr Grossrat Heinz, aufnehmen und möglichst berücksichtigen, damit wir das Ziel auch erreichen, dass wir unter anderem mit der neuen Kantonsverfassung verfolgen, das Ziel nämlich, dass wir nicht nur eine bürgernahe, sondern auch eine mehrheitsfähige Kantonsverfassung haben, die geeignet sein wird, dass wir in Zukunft die auf uns zukommenden Aufgaben noch etwas besser lösen können.

Sie haben noch eine zweite Frage gestellt zu Ziel 19, wo unter Punkt 2 steht: "Die Schaffung der Fachstelle für Alkoholprobleme wurde zu Gunsten anderer Projekte zurück gestellt." Sie fragen an, was das für Projekte sind.

Es galt in erster Linie in unserem Kanton eine Fachstelle zu schaffen, welche sich grundsätzlich und generell mit Fragen der Gesundheit, des Lebensstils, der Prävention und auch mit der Alkoholproblematik beschäftigt. Diese Fachstelle wurde zwischenzeitlich realisiert. Es ist die ZEPRA hier in Chur, sozusagen ein Ableger der entsprechenden Fachstelle im Kanton St. Gallen. Die ZEPRA hat die Arbeit in Chur am 1. Mai dieses Jahres aufgenommen. Das war der Hauptgrund, die Vorarbeiten zur Bildung dieser Fachstelle, dass wir das spezielle Projekt der Schaffung einer Fachstelle für Alkoholprobleme zurück gestellt haben. Diese Aufgabe wird jetzt sehr wesentlich von der ZEPRA wahrgenommen.

Dann hat Herr Hardegger angefragt, was unter Abteilungsfallpauschalen eigentlich zu verstehen sei.

Es ist vorgesehen, dass der Aufenthalt in einem öffentlichen Spital, und zwar in der allgemeinen Abteilung eines öffentlichen Spitals, in Zukunft nach einem neuen System abgegolten wird. Heute bezahlen die Krankenkassen für einen Aufenthalt einer Versicherten oder eines Versicherten in der allgemeinen Abteilung eine so genannte Tagespauschale. Diese Tagespauschale, das als Klammerbemerkung, deckt selbstverständlich nicht den gesamten Aufwand. Das ist aber auch im Gesetz derart vorgeschrieben. Das KVG schreibt vor, dass die Versicherer nur maximal 50 Prozent der anfallenden Kosten in der allgemeinen Abteilung zu bezahlen haben. In unserem Kanton wird der Aufenthalt in der allgemeinen Abteilung nach dem Tagespauschal-System abgegolten. Für jeden Tag Aufenthalt wird diese Pauschale bezahlt, eine Pauschale beispielsweise von ungefähr 350 Franken im Kantonsspital, zehn Tage Aufenthalt kosten die Krankenkassen also 3'500 Franken. Dieses Tagespauschal-System birgt nun als hauptsächliches Problem in sich, dass es falsche Lenkungsanreize für die Behandlung im Spital setzt. Einen Anreiz beispielsweise, dass die Patientin oder der Patient – immer nur in der allgemeinen Abteilung – möglichst so lange Platz vorhanden ist, im Krankbett behalten wird, da jeder Tag eine neue Pauschale generiert.

Mit der Abteilungsfallpauschale soll dies geändert werden. Momentan ist eine Arbeitsgruppe daran, ein neues Finanzierungssystem für unseren Kanton auszuarbeiten. Bei der Abteilungsfallpauschale wird zuerst einmal ausgerechnet, was ein "Fall" in einem Spital kostet, es wird dann noch aufgliedert je nach Abteilung. In einem Regionalspital können das zwei Abteilungen sein – Abteilung Chirurgie und Abteilung Medizin. Es wird ausgerechnet, was der Aufenthalt eines Patienten im Durchschnitt kostet. Das ist dann die so genannte Abteilungsfallpauschale. Von dieser Abteilungsfallpauschale soll dann in Zukunft ein gewisser Prozentsatz, auch hier maximal 50 Prozent, von der Kasse bezahlt werden. Die Spitäler würden dann für jeden "Fall" der Kranken-

kasse eine bestimmte Fallpauschale verrechnen. Das wiederum würde einen anderen Lenkungsanreiz ergeben, beispielsweise, dass das Spital nicht mehr daran interessiert wäre, eine Patientin oder einen Patienten möglichst lange im Hause zu behalten.

*Regierungsrat Lardi:* Frau Grossrätin Christoffel erkundigt sich bei Ziel 17 über den Zeitplan der Umsetzung und stellt die Frage, was passiert mit den übrigen Ausbildungszweigen der Bündner Frauenschule.

Die Regierung sieht den Erlass eines Gesetzes über Ausbildungsstätten im Gesundheits- und Sozialwesen vor. Der Entwurf des Gesetzes befindet sich noch bis zum 15. Juli in der Vernehmlassung. Geplant ist, die Gesetzesvorlage im ersten Halbjahr 2002 dem Grossen Rat und im zweiten Halbjahr 2002 der Volksabstimmung zu unterbreiten. Auf anfangs 2003 könnte das Gesetz in Kraft treten, so dass abgestimmt auf die schweizerischen Entwicklungen die Umsetzung beginnen kann.

Zurzeit werden vorbereitende konzeptionelle Arbeiten zur Zusammenführung der Ausbildungsstätten und zum Zuständigkeitswechsel der Ausbildungsbereiche Gesundheit und Soziales vom Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement zum Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement geleistet. Die Projektierung und die Realisierung ist im Finanzplan enthalten. Ab 2002 ist eine Millionen vorgesehen, im Jahre 2003 fünf Millionen und im Jahre 2004 sieben Millionen.

Die Frage, was passiert mit den übrigen Ausbildungszweigen der Bündner Frauenschule, kann am besten nach Vorliegen des Vernehmlassungsergebnisses beantwortet werden. Geplant ist im diesem Gesetz, das in die Vernehmlassung gegeben worden ist, die nicht-seminaristischen Ausbildungszweige der Bündner Frauenschule zusammen mit den Ausbildungsangeboten der Bündner Schule für Pflege im psychosozialen Bereich, der Interkonfessionellen Bündnerischen Schule für Gesundheits- und Krankenpflege und der Berufsschule für Gesundheits- und Krankenpflege in einem Ausbildungszentrum für Gesundheits- und Sozialberufe zusammen zu führen. So ist es in der Vorlage vorgesehen, die in die Vernehmlassung gegeben worden ist. Abzuwarten bleibt das Ergebnis dieser Vernehmlassung, auch im Zusammenhang mit den Standorten.

*Regierungsrat Engler:* Herr Grossrat Heinz fragt, ob es für die künftige Wettbewerbsfähigkeit der bündnerischen Wasserkraft auch eine Rolle spiele, wie die Restwassermengen, bzw. die Sanierungsmassnahmen definiert werden. Das Eidgenössische Gewässerschutzgesetz bestimmt, wie viel Wasser in unseren Bächen und Flüssen, die der Stromproduktion dienen, fliessen muss.

Es gibt hier eine Unterscheidung zwischen laufenden Konzessionsverhältnissen und Fällen, in denen eine Konzession neu erteilt wird. Bei Neukonzessionierungen sind die Anforderungen entsprechend höher als in laufenden Konzessionsverhältnissen.

In unserem Kanton handelt es sich hierbei um eine Verbundaufgabe zwischen dem Amt für Umwelt und dem Amt für Energie, die gemeinsam diese Abklärungen vorzunehmen haben. In der ersten Phase überprüft das Amt für Umwelt, was aus ökologischer Sicht an höheren Restwassermengen in unseren Flüssen und Bächen wünschbar wäre. In einer zweiten Phase überprüft dann das Amt für Energie die wirtschaftliche Tragbarkeit allfälliger Sanierungsmassnahmen. Und hier spielt natürlich die Entwicklung mit der Liberalisie-

rung des Strommarktes wesentlich mit, bzw. die Wettbewerbsfähigkeit unserer Stromproduktion ist ein entscheidender Faktor dafür, ob den Kraftwerkunternehmungen einschneidende Auflagen und das ohne Entschädigung zugemutet werden können oder nicht.

Wir stellen im Übrigen fest, dass sich die Situation etwas entschärft, weil viele Unternehmungen dazu übergegangen sind, freiwillig solche Sanierungsmassnahmen umzusetzen. Sie erhoffen sich davon in einem offenen Strommarkt Wettbewerbsvorteile. Sie hoffen, dass sich grüne Energie – zertifizierte Produktion von Strom – besser verkaufen lasse als Strom, welcher aus ökologisch, ich sage einmal, nicht bedenklichen aber doch unter ökologisch erschwerten Bedingungen produziert wird. Ich denke, dass wir hier auf gutem Wege sind, zusammen mit den Unternehmungen zukunfts-trächtige Lösungen zu finden.

*Capaul:* Wenn man den rasanten Anstieg der parlamentarischen Vorstösse anschaut, muss man sich fragen, wohin das führt. Vermutlich sind wir Parlamentarier selber schuld, wenn wir uns nur noch mit Vorstössen beschäftigen müssen und demzufolge wichtige Sachgeschäfte nur noch am Rande behandelt werden können. Wenn man zum Beispiel die Interpellationen des Jahres 2000 näher betrachtet, hätte mehr als die Hälfte bedenkenlos mittels schriftlicher Anfrage erledigt werden können. Meine Frage: warum überprüft die bereits in der Geschäftsordnung Artikel 12b vorgesehene Instanz die Vorstösse nicht und ordnet sie der zutreffenden Kategorie zu.

*Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf:* Meine Kompetenz geht nicht so weit, dass ich für das Parlament eine Frage aus dem Parlament im Namen des Parlamentes beantworten kann. Das ist eine Frage, die sich das Parlament selbst stellen muss. In der Regierung können wir nicht sagen, wenn etwas als Motion oder Postulat überwiesen wurde, dies Motion oder dieses Postulat hat "nur" den Charakter einer Schriftlichen Anfrage und könnte als solche erledigt werden. Das geht nicht.

Ich erhoffe mir aber, dass man im Rahmen der Parlamentsreform vielleicht Instrumente findet, mit denen man besser kanalisieren und sagen kann, was wirklich den Charakter einer Interpellation oder eben einer Motion hat und was vom Charakter her eine schriftliche Anfrage oder allenfalls auch mit einem Telefon an den zuständigen Departementsvorsteher oder die Vorsteherin zu erledigen ist.

*Noi:* Desidero formulare una domanda che riguarda la lettera c) e cioè il Servizio di traduzione. Nel testo che riguarda la lettera c) si parla fra l'altro di una Raccolta sistematica delle leggi federali e cantonali in Internet. Mi sembra abbastanza strano che il Canton Grigioni, che è dotato di tre lingue e tre culture, non possa fare quello che fa la Confederazione e cioè presentare le leggi in Internet nelle lingue cantonali. Vorrei una spiegazione in merito, particolarmente lo vorrei in un anno che vede investito il Grigione Italiano di, diciamo così, tanta prominenza.

Meine Frage betrifft die systematische Sammlung des Kantonalen Rechts nur in Deutsch. Natürlich möchte ich wissen, ob das wirklich so sein muss.

*Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf:* Die Anfrage von Grossrätin Noi ist an sich berechtigt. Wir haben auf dem Internet das Bündner Rechtsbuch in Deutsch aufgeschaltet – im Sinne eines Probegalopps.

Wir werden jetzt die Abstimmung betreffend Rumantsch Grischun abwarten und dann entscheiden, ob wir allenfalls mindestens überprüfen – auch Aufwand und Ertrag – ob wir mit allen drei Sprachen im Internet erscheinen wollen. Wir werden aber auch, mindestens in Ansätzen, eine Bedürfnisabklärung machen, weil es ja keinen Sinn macht, etwas zu produzieren, das dann niemand benützt. Wir werden dies also überprüfen, wollen aber die Abstimmung vom 10. Juni noch abwarten.

#### *Departement des Innern und der Volkswirtschaft*

*Dalbert:* Ich möchte noch zu departementale Schwerpunkte, litera f eine Frage stellen. Mit der Umsetzung des Projektes AGRO99 wird das Meliorations-, das Landwirtschaftsamt und das Vermessungsamt zusammengeschlossen. Als Chef wurde mit Aurelio Casanova sicher ein sehr fähiger Kultur-Ingenieur gewählt. Wie wird aber sichergestellt, dass wir weiterhin in der Landwirtschaft eine starke Stimme haben im Volkswirtschaftsdepartement und auch für Fragen in Bern, damit die Stimme der Landwirtschaft dort nicht zu leise wird.

*Stiffler:* Ich hätte eine Frage zu Seite 32 ff. Warum ist im Kanton Graubünden noch nichts gegen Schwarzarbeit unternommen worden.

*Trepp:* Ich spreche zu Arbeitsmarkt und gleichzeitig zu Statistik auf Seite 42.

Bei der Behandlung des letzten Landesberichtes haben Sie Grossrat Jäger versprochen, zukünftig im Landesbericht Ausführungen über die Anzahl der Beschäftigten in unserem Kanton zu machen. Es ist ja auch so, dass die Arbeitslosenquote nur auf Grund der Kenntnis der Gesamtzahl der Beschäftigungsmöglichkeiten korrekt berechnet werden kann. 1997 auf dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit weist die Statistik im Landesbericht eine Arbeitslosenquote von 3,2 Prozent aus, in Tat und Wahrheit waren es mit all den exportierten Arbeitslosen etwa doppelt so viele. Im Grossratsprotokoll über den Landesbericht 2000 auf Seite 52 erwähnten Sie, dass Sie die Zahl der Beschäftigten der Jahre 1991, 1995 und 1998 vor sich hätten.

Nun, im diesjährigen Landesbericht ist, wohl wie jedes Jahr, brav die Anzahl der Ziegen, wie es schon Grossrat Jäger letztes Jahr erwähnte, nachgeführt, die Daten über die Beschäftigungsentwicklung in unserem Kantone sind jedoch, wie Sie auf Seite 42 dieses Berichtes alle sehen können, im Jahre 1998 stehen geblieben. Sie haben zwar Ihr Versprechen eingehalten, etwas über Arbeitsplätze zu schreiben, es ist aber leider kalter Kaffee.

Nun, zu meinen Fragen: Wann wird hier endlich Remedur geschaffen, so dass wir branchenspezifisch sehen, wo die Zahl der Arbeitsplätze zu- und wo sie abnimmt, eigentlich eine Grundvoraussetzung für eine angemessene Wirtschaftsförderung oder Therapie.

*Thöny:* Mit Genugtuung können wir feststellen, dass die Arbeitslosenzahl in Graubünden zurück geht. Sie betrug letztes Jahr noch zirka 1,2 Prozent. Das ist sicher noch Teil auch ein Verdienst des RAV. Ich frage mich aber trotzdem, braucht es das RAV noch in dieser Grösse. Könnte in diesem Bereich personell nicht etwas mehr abgebaut werden, um damit Kosten einzusparen. Oder anders gefragt, braucht es das RAV überhaupt noch.

*Loepfe:* Ich hätte auch eine Frage an Herrn Regierungsrat Huber. Ich habe, nachdem was ich in der letzten Zeit gehört habe, Fragen zu der Art und Weise, wie Wirtschaftsförderungsmittel priorisiert und zugesprochen werden. Ich hätte gerne Auskunft darüber. Insbesondere interessiert mich ein kleines Detail, ich möchte Sie anfragen, ob es richtig ist, dass aus Wirtschaftsförderungsmitteln das Pferderennen von Maiefeld unterstützt wurde. Ich wäre der Meinung, dass diese Mittel eigentlich für anderes vorgesehen wären und wäre froh, wenn Sie uns darüber Antwort geben könnten.

*Zegg:* Ich habe eine ähnlich Frage wie Grossrat Trepp. Auf Seite 42 führen Sie auf, zwischen 1985 und 1998 stieg die Zahl der Arbeitsplätze ohne Land- und Forstwirtschaft um 7 Prozent von 84'000 auf 90'000. Die Höchstzahl wurde im Jahre 1991 mit 98'000 Arbeitsplätzen erreicht. Weiter wird ausgeführt: für die Zeit seit 1998 liegen keine gesicherten Daten vor.

Nun sind aber die Anzahl Arbeitsplätze, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Abbau von Arbeitsplätzen ganz wichtige Steuerungsinstrumente für die Wirtschaft und für die Wirkung der Wirtschaftsförderung. Ich würde anregen, dass man das auch im Kanton macht, diese Anzahl Arbeitsplätze aufgliedert und sie nach Gemeinden und Gewerbe auflistet.

Wenn Sie solche Wirtschaftsdaten zum Beispiel von Amerika sehen, sind immer die Anzahl Jobs – wo wichtig ist wie sich diese entwickelt – und die Anzahl Homes, also wie viele Neubauten da kommen, aufgelistet. Das sind ganz erstklassige Wirtschaftsfaktoren, nach denen man auch eine Wirtschaftspolitik ausrichten kann. Ich würde anregen, dass die Regierung das in ihren Zahlen auch aufnimmt.

Wir haben hier sehr viele Zahlen. Wir haben einzelne Grenzgängerbewilligungen, Ausländerbewilligungen, alle Zahlen über die Tiere, über die Spitäler und alles Mögliche, aber über diese ganz wichtigen Zahlen, die viel mehr aussagen als Logiernächte oder Steuereinnahmen usw., über diese Arbeitsplätzeentwicklung wird nichts ausgesagt. Diese Zahlen scheinen mir sehr wichtig. Ich möchte darum anregen, dass man versucht, diese Zahlen zu ermitteln, gemeindeweise, re-

gions- und kantonsweise sowie nach einzelnen Gewerben wie Dienstleistungen usw.

*Parolini:* Ich habe eine Frage zum Absatz f auf Seite 41. Diesem Absatz entnehmen wir, dass die Banken bei der Finanzierung von Hotelinvestitionen zurückhaltend sind, weil viele Investoren die Voraussetzungen der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit nicht erfüllen und somit auch vom Kanton nicht unterstützt werden können. Hinsichtlich der sehr grossen Bedeutung der Hotellerie für unsere Volkswirtschaft ist diese Tatsache sehr zu bedauern. Wie sieht es nun aber mit der geplanten Neuregelung des Bundes für die Hotelfinanzierung aus. Und was tut der Kanton diesbezüglich, damit es bald wieder zu einer effizienten Förderung der Hotelfinanzierung kommen kann.

*Tuor:* Ich habe eine Frage zu Ziffer g "Regio-Plus, Innovation und Tourismus" auf Seite 42. Da steht geschrieben: im abgelaufenen Jahr wurden keine Projekte vom Kanton unterstützt. Meine Frage, wurden keine Projekte eingereicht, oder wurden eingereichte Projekte nicht genehmigt.

*Es sind eingegangen:*

- Postulat Frau Bucher betreffend Neueinreihung der Gesundheitsberufe in der Lohnskala
- Interpellation Schütz betreffend Pflegeplatznotstand für betagte Menschen.

*Tagesordnung für morgen Vormittag*

- Berinn 08.15 Uhr
- 1. Fortsetzung der Behandlung des Landesberichtes,
- 2. Geschäftsberichte: Kantons- und Verwaltungsgericht, Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte, Notariatskommission, Gebäudeversicherungsanstalt, Graubündner Kantonalbank, Grischelectra AG
- 3. Staatsrechnung 2000

(Schluss der Sitzung: 18.00 Uhr)

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Rodolfo Plozza

Der Protokollführer: Peter Gadiant